

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 3,- Reichsmark wozu 10 Pfennig. Unter Kreuzband für Deutschland, Preußen, Bayern und Rheinland, Ostpreußen, Litauen, Posen, Schlesien, Ost- und Westpreußen, Danzig, 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wort und Welt“ mit „Stellung und Meinungen“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und „Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Spaltenbreite ist 70 Zeilen. Reklameweile 1.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 20 Pfennig (wird bei 1000 fertigen Worten); jedes weitere Wort 10 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 50 Pfennig.

Wann immer für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptpostamt, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geht nach 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2500-2507

Sonnabend, den 21. Februar 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 37530 - Bankkonto: Direction der Dichtungs-Gesellschaft, Teplitzenerstraße 4

Marx zurückgetreten!

Ablehnung des Vertrauensvotums mit 221 gegen 218 Stimmen. - Rücktritt der Gesamtregierung. - Das Zentrum hält an Marx fest.

Das Vertrauensvotum für Marx ist gestern mit 221 Stimmen gegen 218 abgelehnt worden. Die Regierung hat daraufhin ihren Rücktritt erklärt. Sie führt die Geschäfte weiter bis zum 3. März, an dem abermals, zum drittenmal in neuen Landtag, ein Ministerpräsident gewählt werden soll.

Für das Vertrauensvotum stimmten Sozialdemokraten, Zentrum, Demokraten und Polen, dagegen Deutschnationale, Volkspartei, Kommunisten und Wirtschaftspartei. Von den Regierungsparteien fehlten ein kranker Sozialdemokrat, drei Kranke und zwei gesunde Zentrumsleute, nämlich die beiden Dissidenten v. Papen und Loenarz, im ganzen sechs. Von der Opposition fehlten fünf.

Was soll nun weiter geschehen? Die Rechtsparteien haben in Gemeinschaft mit den Kommunisten den Rücktritt von Marx erzwungen. Sie wollen jetzt mit dem Zentrum eine Rechtsregierung bilden, aber das Zentrum macht nicht mit.

So bleibt logischerweise nur: Wiederwahl von Marx zum Ministerpräsidenten, Wiederherstellung des gestern gestürzten Kabinetts, neue Abstimmung im Landtag.

Dieser Vorschlag ist schon gestern hier gemacht worden. Das Echo, das er in der Rechtspresse findet, ist nicht uninteressant. Die „Deutsche Tageszeitung“ gibt zu, daß „die theoretische Möglichkeit“ zu seiner Verwirklichung gegeben ist, spricht aber von einer geplanten „offenen Verhöhnung des Volkes“ und meint, sittlich entrüstet, das hieße doch „mit dem Willen des Volkes und dem Sinn der Demokratie Schindluder treiben“. Ähnlich schreibt eine andere Kämpferin für die Demokratie, die „Kreuzzeitung“, was da geplant werde, sei „eine Bergewältigung der Mehrheit und eine Verhöhnung der Wähler“.

Diese Vorwürfe zurückzuweisen ist leicht. Niemand denkt daran, die Mehrheit zu verewältigen. Die Mehrheit besteht aus Deutschnationalen, Kommunisten, Volkspartei und Wirtschaftspartei. Diese Parteien, die gestern gemeinsam Marx gestürzt haben, brauchen doch nur die Konsequenz aus ihrem gemeinsamen Tun ziehen, sie brauchen sich nur auf einen gemeinsamen Ministerpräsidenten und ein gemeinsames Regierungsprogramm einigen, dann können sie miteinander ab 3. März Regierung spielen, solange ihnen das ihre Zweistimmen-Mehrheit erlaubt.

Das ist die demokratische Konsequenz aus dem gestrigen Verhalten der Mehrheit. Aber höchst undemokratisch ist es, die Mitglieder der Zentrumsparlei gegen ihren Willen in eine Rechtskoalition zu zwingen. Es ist nicht nur undemokratisch, sondern auch moralisch und, wenn das Zentrum festbleibt, physisch unmöglich.

Es heißt aller Vogit und allem anständigen Empfinden Gewalt antun, wenn man meint, der Sinn des gestrigen Vorganges sei der, das Zentrum zum Verzicht auf einen eigenen Willen zu zwingen. Solange sich das Zentrum gegen diese Zumutung wehrt, wird es der Unterstützung und der Zustimmung aller aufrichtig demokratischen Kreise sicher sein.

Marx wurde am 10. Februar mit 223 gegen 162 Stimmen, die Herr v. Richter erhielt, zum Ministerpräsidenten gewählt. Der Landtag will, daß Marx Ministerpräsident sein soll. Am 20. Februar wird er mit 221 gegen 218 Stimmen gestürzt. Der Landtag will nicht, daß Marx Ministerpräsident sein soll? Wie geht das zu?

Um diesen sonderbaren Vorgang zu verstehen, muß man sich den Artikel 57 der preussischen Verfassung gegenwärtig halten. Er lautet:

Das Staatsministerium als solches und jeder einzelne Staatsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Volkes, das dieses durch den Landtag bekundet. Der Landtag kann dem Staatsministerium oder einem einzelnen Staatsminister durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entziehen. Der Beschluß ist nicht zulässig, wenn ein rechtswirksames Volksbegehren vorliegt, den Landtag aufzulösen.

Der Antrag auf Herbeiführung eines solchen Beschlusses muß von mindestens dreißig Abgeordneten unterzeichnet sein.

Ueber den Antrag darf frühestens am zweiten Tage nach seiner Besprechung abgestimmt werden. Er muß binnen vierzehn Tagen nach seiner Einbringung zur Erledigung kommen.

Ueber die Vertrauensfrage muß namentlich abgestimmt werden.

Der Beschluß auf Entziehung des Vertrauens ist nur wirksam, wenn ihm mindestens die Hälfte der Abgeordneten zustimmt, aus denen zur Zeit der Abstimmung der Landtag besteht.

Wird der Beschluß gefaßt, so müssen die davon betroffenen Minister zurücktreten, der Ministerpräsident jedoch nur dann, wenn er von seiner Befugnis, die Auflösung des Landtages zu beantragen, feinen Gebrauch macht oder wenn sein Antrag vom Ausschuss abgelehnt worden ist.

Diese Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, daß das Staatsministerium in seiner Gesamtheit oder ein Staatsminister die Vertrauensfrage stellt.

Da die Vertrauensfrage nicht von der Regierung, sondern von den Parteien gestellt war, entfiel die Notwendigkeit einer zweitägigen Ueberlegungsfrist. An die Möglichkeit eines Vertrauensantrages aus dem Hause scheinen die Schöpfer der preussischen Verfassung überhaupt nicht gedacht zu haben.

Leider haben sie auch an verschiedenes andere nicht gedacht. Die Verfassung sagt, daß die Regierung und jeder Minister des Vertrauens des Volkes bedürfen, das durch den Landtag bekundet wird. Daraus wird geschlossen, daß jede neu ernannte Regierung eines Vertrauensvotums bedarf. Auf der anderen Seite ist aber ein Misstrauensvotum nur dann gültig, wenn ihm mindestens die Hälfte der Abgeordneten zustimmt.

Offenbar war diese Bestimmung als Schutz gegen leichtfertige Kritik gemacht. Durch die Wahl bekundet - das ist doch so klar wie etwas - der Landtag dem Ministerpräsidenten sein Vertrauen. Der gewählte Vertrauensmann

des Landtags soll nicht von Zufallsmehrheiten gestürzt werden können. Das ist der offenkundige Zweck.

Aber wenn die neue Regierung der Vertrauensbindung durch den Landtag bedarf, dann geht der Sinn jener Bestimmung wieder verloren. Die 221 Stimmen der Opposition hätten gestern nicht ausgereicht, die Regierung durch ein Misstrauensvotum zu Fall zu bringen, sie haben aber ausgereicht, um durch Ablehnung des Vertrauens das gleiche Ziel zu erreichen. Da klafft offenbar in der Verfassung oder der Auslegung, die man ihr gibt, ein Widerspruch.

Nur diesem Widerspruch und der guten Hilfe der Kommunisten verdanken die Rechtsparteien ihre verhältnismäßig tatsächliche Stärke. Von den 450 Abgeordneten sind nur 183 (die Rechtsparteien plus Papen und Loenarz) für die Rechtsregierung, 265 (Weimarer Koalition plus Polen plus Kommunisten) sind gegen sie. Wenn in Preußen eine Rechtsregierung zustande käme, wäre das der „Wille des Volkes“? Wäre das der Sinn der Verfassung?

Der Sinn der Verfassung kann doch nur positiv und nicht negativ sein. Das heißt, daß der Wille des Landtages einen Ministerpräsidenten zu haben, stärker sein muß als der Wille, den eben erst aus dem Willen des Landtages hervorgegangenen Ministerpräsidenten sofort wieder zu stürzen. Und so unbestritten die Mehrheit vom 10. Februar in der

Verteidigung Luthers und Stresemanns

Kein Wort auf die sachlichen Anklagen!

Die Denkschrift der Regierung über den Ruhrskandal war die erste Niederlage der Luther und Stresemann in ihrer Verteidigung gegen die schweren Anklagen, die gegen sie in der Öffentlichkeit erhoben worden sind. Die Reichstagsdebatte vom Freitag, in der diese Denkschrift besprochen wurde, hat zu dieser ersten Niederlage eine zweite, noch schwerere, hinzugesetzt. Diese Reichstagsdebatte war eine politische und moralische Verurteilung der Herren Luther und Stresemann wie der Rechtsblockregierung, die den Ruhrskandal deckt. Vor dem Plenum des Reichstages zur Verantwortung aufgefordert, konnten die Herren Luther und Stresemann in ihrer Verteidigung in der Denkschrift nichts hinzufügen.

Die Herren Luther und Stresemann - Herr Luther, der Reichskanzler des Rechtsblocks und früherer Finanzminister, Herr Stresemann, der Außenminister und früherer Reichskanzler - haben in dieser Debatte zu ihrer Verteidigung kein Wort der Entkräftung gegen die schweren Vorwürfe sagen können, die der Genosse Herz in seiner wichtigen Anklage gegen sie vorbrachte. Sie haben viel geredet. Aber in ihren Reden fiel kein Wort, das die Anklage entkräften konnte, daß ihr Vorgehen gescheitert und gescheitert war. Sie haben geschwiegen zu der Anklage, daß die Reichsbeamten an die Ruhrindustrie unkontrolliert gegeben worden sind. Sie haben geschwiegen dazu, daß der Ruhrindustrie weitaus zu große Beträge gezahlt worden sind. Kein Wort haben sie gefunden gegenüber der Feststellung, daß sie mit vollem Bewußtsein diese Angelegenheit vor dem Parlament verheimlicht haben, und daß sie selbst dann noch zu vertuschen suchten, als im Haushaltsausschuss des Reichstages Aufklärung und Rechenschaft von ihnen gefordert wurde.

Nicht ein sachliches Wort vermochten sie den Argumenten ihrer Ankläger entgegenzusetzen! Mit dieser Feststellung ist ein entschiedenes Urteil gegen sie gesprochen. Die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses, der vom Reichstag eingeleitet worden ist, um den Ruhrskandal nachzuprüfen, werden dies Urteil vertiefen.

Herr Luther und Herr Stresemann haben sich nach Kräften bemüht, ihre katastrophale Niederlage in dieser Auseinandersetzung zu verbergen. Aber vergebens bemühten sie sich, die Dinge zu verschleiern und zu verschleiern! Vergebens redeten sie von ihrem Verantwortungsgedühl, vergebens versuchten sie, die Ruhrindustrie, die sie begünstigt haben, zu decken. Diese Verteidigungsreden, die sich ängstlich bemühten, auf die Dinge nicht einzugehen, deckten

die Empörung nicht nur der sozialdemokratischen Fraktion, sondern der gesamten Linken des Reichstages. Diese Verteidigungsreden zeigten mit der größten Klarheit, daß die führenden Minister des Rechtsblocks wohl Verständnis haben für die finanziellen Interessen der Schwerindustrie, daß sie aber verständnislos hinweggleiten über die Not und Leiden der Massen der arbeitenden Bevölkerung, der Opfer der Inflation. In diesen Reden trat die Mentalität des Rechtsblocks aufs schärfste hervor. Begünstigung des Besitzes, Verständnislosigkeit für die Massen des Volkes - das ist das wahre Gesicht der Rechtsblockpolitik.

Solche Männer konnten freilich mit Sozialdemokraten nicht zusammen regieren. Durch den Ruhrskandal und durch die Verteidigungsreden der Herren Luther und Stresemann ist völlig klar geworden, warum die Luther und Stresemann als Vorkämpfer des Rechtsblocks die große Koalition gesprengt und auf die Bildung des Besitzblocks hingearbeitet haben. Sie handelten im Geiste und im Interesse jener Schwerindustrie, die mit brutaler Gleichgültigkeit sich über Wohl und Wehe des deutschen Volkes hinwegsetzt, um ihren Reichtum und ihre Macht zu stärken. Genosse Herz hatte Herrn Stresemann im Verlaufe seiner Rede wiederholt eindringlich gefragt, aus welchen Gründen die sozialdemokratischen Minister ausgeschaltet worden wären? Weder Herr Stresemann, noch Herr Luther ist auf die wiederholten ausdrücklichen Fragen eingegangen. Hätten sie geantwortet, so hätten sie das wahre Gesicht ihrer Politik der Vertretung der Besitzinteressen offen aufzeigen müssen.

Ihr Schweigen aber war mindestens so berechtigt, wie eine Antwort gewesen wäre. Diese Debatte war nicht nur eine moralische Verurteilung der Luther und Stresemann, sie war zugleich eine moralische Verurteilung des Rechtsblocks. Nach dieser Debatte weiß das ganze deutsche Volk, daß an der Spitze des Reiches eine Regierung steht, deren Ziel es ist, die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer zu machen. Eine Regierung, die die sozialen Interessen des arbeitenden Volkes, die stürmischen Aufwertungsforderungen der Opfer der Inflation mit einer Handbewegung beiseite schiebt und die Reichsmittel zur Stärkung der wirtschaftlichen Uebermacht der Schwerindustrie verwendet.

Auf der einen Seite der Schrei des Volkes nach sozialer Gerechtigkeit - auf der anderen Seite die Luther und Stresemann und die Rechtsblockregierung, die den brutalsten Besitzegoismus des Großunternehmertums vertritt. Das ist die klare Scheidung, die in dieser Auseinandersetzung herorgetreten ist.

Sphäre ihres verfassungsmäßigen Rechts gelassen ist, wenn sie gegen das Vertrauensvotum für Marx stimmte, ebenso unbestritten wird die Mehrheit vom 3. März in der Sphäre ihres verfassungsmäßigen Rechts bleiben, wenn sie den Ministerpräsidenten Marx wiederwählt.

An demselben Tag, an dem die Volkspartei im Landtag Marx stürzte, gab im Reichstag der Volksparteiler Cremer zur Frage der Ruhrentschädigungen für Deutschland, Volkspartei und — Zentrum eine gemeinsame Erklärung ab! Das Reichszentrum erklärt mit Entschiedenheit, daß es sich nicht in Koalition mit den Rechtsparteien befinde. Trotzdem die gemeinsame Erklärung.

Trotz dieses Vorganges können wir uns nicht vorstellen, daß das Zentrum im Reich eine Rechtsregierung unterstützt, während das Zentrum in Preußen sich gegen ihr Kommen mit anerkannter Entschiedenheit wehrt. Marx kann wahrscheinlich auch ohne die Volkspartei leben, aber Luther kann ganz bestimmt nicht ohne das Zentrum leben. Das Zentrum in Preußen geht jetzt gegen seine beiden Dissidenten v. Papen und Loenarz vor; sollen sich die darauf berufen können, daß sie doch nur wollten, was das Zentrum im Reich tue?

Sei dem wie immer — jedenfalls wird es recht lebendig in der deutschen Politik, und es gilt, sich für große Entscheidungen bereit zu halten.

Die Haltung des Zentrums.

Rein Nachgeben gegenüber dem Terror der Opposition.

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags besaß sich noch am Freitagabend mit dem Sturz der Regierung Marx und dem Verhalten ihrer Mitglieder v. Papen und Loenarz, die während der entscheidenden Abstimmung nicht anwesend waren. Die Fraktion saßte einstimmig folgenden Beschluß:

„Die Zentrumsfraktion des preussischen Landtags sieht nach dem heutigen Verhalten der Herren von Papen und Loenarz, die durch ihr unzweifelhaft absichtliches Fehlen bei der entscheidenden Abstimmung wesentlich zum Sturze des Kabinetts beigetragen haben, seine Möglichkeit mehr, mit den genannten Herren in der Fraktion weiterzuarbeiten. Sie beauftragt daher den Vorstand, die beiden Abgeordneten unterzüglich zu einer baldigen Niederlegung ihrer Mandate aufzufordern.“

In Ergänzung dieses Beschlusses erfahren wir, daß die Zentrumsfraktion beabsichtigt, von Papen und Loenarz aus der Fraktion auszuschließen und bei dem Parteivorstand den Ausschluß der beiden Persönlichkeiten aus der Partei zu beantragen, falls der Verzicht auf die Mandate nicht unmittelbar erfolgt. Schon diese Absicht zeigt, daß die Zentrumsfraktion des preussischen Landtags entschlossen ist, ihre bisherige Politik fortzusetzen. Das kam in der gestrigen Fraktionsitzung besonders stark zum Ausdruck. Man will sich unter keinen Umständen dem Terror der Volkspartei fügen. Das Zentrum wird infolgedessen — wie der Sozialdemokratische Pressedienst erfährt — am 3. März bei der Neuwahl des Ministerpräsidenten Herrn Marx wieder präsentieren. Marx ist persönlich bereit, diesem Wunsch der preussischen Zentrumsfraktion zu entsprechen. Er wird nach vollzogener Wahl mit dem gleichen Kabinett vor den Landtag treten, das am Freitag gestürzt worden ist. So weit wir unterrichtet sind, ist die Zentrumsfraktion bereit, diese Taktik so oft fortzusetzen, wie die deutschnational-volksparteiliche-kommunistische Opposition es wünscht.

Eine Kundgebung der Demokraten.

Die Deutsche Demokratische Landtagsfraktion verfaßt folgende Erklärung an die preussischen Wähler:

„Eine Zufallsmehrheit aus Rechtsparteien und Kommunisten hat das Kabinett Marx gestürzt und damit die Krise im größten Lande Deutschlands erneut herbeigeführt. Solange die Höhe

Koalition bestand, konnte das Land Preußen in Ruhe und Ordnung verwaltet werden. Die Deutsche Volkspartei hat die Große Koalition aus wichtigen Gründen zerfallen lassen. Sie hat sich in Widerspruch mit ihrer eigenen Vergangenheit und mit den Erklärungen ihrer Wortführer und Minister gesetzt, die die Notwendigkeit der Großen Koalition überzeugend dargelegt haben. Die Deutsche Volkspartei trägt in erster Linie die Verantwortung dafür, wenn es jetzt in Preußen an einer festen Regierung fehlt, die die immer dringender werdenden Aufgaben lösen könnte. Die Deutsche Volkspartei trifft die Hauptschuld, wenn jetzt bei dem bevorstehenden Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern Preußen nur mit einem geschäftsführenden Finanzminister vertreten sein wird. Die Krisenmacher und Ministerstürzer haben es zu verantworten, wenn wichtige und dringende Aufgaben, die Lebensfragen des Mittelstandes, der Landwirtschaft, der Beamten, der Arbeitnehmer, kurz des ganzen Wirtschaftslebens, berühren, nicht in Angriff genommen werden können. Die Deutschdemokratische Fraktion des preussischen Landtages ist fest entschlossen, mit aller Kraft an ihrer bisherigen Politik festzuhalten und aus nationalen Gründen den Übergang der preussischen Verwaltung an die Reaktion zu verhindern.“

Untersuchung der Kreditaffären.

Hermann Müller als Zeuge.

Im Untersuchungsausschuß des Reichstags wurde der Abg. Hermann Müller (Soz.), früherer Reichsminister und Minister des Auswärtigen vernommen. Der Vorsitzende bemerkt, das Hauptstück der Vernehmung sei die Frage, ob während der Amtszeit Müllers Befehle Barmats zum A. A. bestanden.

Zeuge Müller, Außenminister vom 21. Juni 1919 bis Ende März 1920, sagt aus, er habe Barmat zum ersten Male am 29. oder 30. April in Amsterdam bei einer Internationalen sozialistischen Konferenz kennen gelernt. Barmat wurde ihm von Hunsmans vorgestellt. Der Zeuge erklärt: Wenn ich mir einen Eindruck von damals zurückrufe, so muß ich sagen, daß ich Barmat für mindestens einen Außenminister hielt. Wenn ich an Barmat nur den geringsten Grund gehabt hätte, einen Ruckel an Barmat zu sehen, hätten wir ihn nicht zur Uebergabe des Schreibens Hunsmans an den Reichspräsidenten zum Empfang empfohlen. Während seiner Amtszeit, so fährt der Zeuge fort, mußten alle persönlichen Beziehungen aus Zeitmangel zurücktreten. Er habe in dieser Zeit Barmat sehr selten gesehen. Es sei ihm nicht einfallend, daß Barmat sich direkt an ihn gewandt habe. Bei persönlichen Wünschen vor Parlamentariern habe er immer die Formel gebraucht: „Einerseits, wenn keine sachlichen Bedenken vorliegen“. Er habe sich stets bemüht, auch nach seiner Amtszeit in allen Fällen den Mitteilungen über Barmat nachzugehen und wiederholt mit Heilmann darüber gesprochen. Der Zeuge erinnert an die Propaganda in Sachen Barmat, es sei nie gelungen, etwas Positives über die Behauptungen herauszubringen, daß Barmat ein Schieber und Betrüger sei. Anklagen über Indiskretionen im A. A. und über Unannehmlichkeiten, die Beamte der Gesandtschaft und des Generalkonsulats in Haag und Amsterdam wegen unglücklicher Berichte über Barmat erwachsen seien, sei ihm nichts bekannt. Er habe in allen Punkten gegenüber nur von strenger Sachlichkeit seitens lassen. Unter anderem habe er Herrn von Malhan zum Leiter des Referats Russland in der Ostabteilung gemacht. Sozialisten, die ins Ausland gingen, hätten sich oft darüber beklagt, daß man auf den deutschen Botschaften im Ausland immer noch die alten Gesichter sehe. Gegen Reichspräsident Köster sei nach seiner Erinnerung kein Verfahren eingeleitet worden.

Der Vorsitzende verliest aus den Akten einen Brief Heilmanns an Müller vom 24. Juni 1919, worin es heißt: „Ich muß Sie schon wieder mit einer Bitte belästigen im Interesse des Hauses Barmat“. Müller wird gebeten um Beschaffung der Einreiseerlaubnis für Barmatsche Mitglieder aus Belgien, und es heißt am Schluß des Briefes, „denn auch Sie die Familie Barmat vollständig kennen lernen“.

Zeuge Müller erklärt darauf, er habe auch auf diesen Brief, wie in allen anderen Fällen, nur die Formel an die untergestellten Beamten geschrieben „wenn keine besonderen Bedenken bestehen“.

Der Vorsitzende kommt nochmals darauf zurück, daß Indiskretionen zugunsten Barmats begangen seien. — Zeuge Müller erklärt, ihm sei seines Wissens niemals über solche Vor-

gänge im Amt während seiner Ministerstätigkeit Bericht erhalten worden. Auch unter seinem Nachfolger Simons sei anscheinend kein Verfahren eingeleitet worden, auf Grund des Berichts vom 21. Juni 1920.

Auf Fragen des Abg. Dr. Rosenberg (Komm.) erwidert Zeuge Müller, bei den Verwendungen Heilmanns für die Barmats habe es sich immer nur um Familienangelegenheiten gehandelt. Geschäftlich habe er nie mit Barmat zu tun gehabt. Die Einführung Barmats beim Reichspräsidenten habe seiner Erinnerung nach jedenfalls nur in einer telefonischen Anfrage durch Wels ohne ihn, Müller, bestanden, ob Barmat empfangen werden würde. Auf weiteres Befragen durch Dr. Rosenberg erklärt der Zeuge, er habe niemals ein Konto bei der „Merkur“ besessen. Auf eine Frage des Abg. v. Dewitz (Dnat.) erklärt der Zeuge, daß auch „Wünsche“, die dem A. A. gegenüber geäußert wurden, immer nachgeprüft worden wären. Ein Aufenthalt Barmats in Weimar habe wohl einmal stattgefunden. Damit ist die Vernehmung Hermann Müllers beendet.

Um 2½ Uhr vertagte sich der Ausschuß bis 5 Uhr, um noch den Gesandtschaftsrat Dr. Köster zu vernehmen.

In der Abend Sitzung wurde Dr. Köster, früher Legationsrat in Haag, jetzt Gesandtschaft in Prag, vernommen. Er war im Haag von 1915 bis 1919 tätig.

Der Zeuge Köster sagt aus: Die einzige Schwierigkeit, die ihm aus der Barmat-Affäre erwachsen, sei das bekannte Telegramm Heilmanns gewesen, mit der Beschwerde über Grenzschwierigkeiten, die auf Kösters Veranlassung Barmat gemacht sein sollten. Darüber sei dann eine Korrespondenz mit dem Auswärtigen Amt entstanden. Die Berührung des Zeugen nach Hamburg habe nichts damit zu tun. — Der Vorsitzende fragt, ob der Zeuge etwas Positives wisse über die Indiskretionen, die es Barmat ermöglichen, vertrauliche Berichte in die Hände zu bekommen. — Der Zeuge kann keinen positiven Fall mitteilen, sondern spricht nur im allgemeinen davon, daß Indiskretionen vorgekommen sind, als Folge der allgemeinen Demoralisation nach dem Kriege. Der Zeuge betont nochmals, daß er keine dienstlichen Unannehmlichkeiten wegen seiner Stellungnahme gegenüber Barmat gehabt habe.

Dr. Becker (Dsp.) fragt, ob es der Gesandtschaft nicht verwunderlich erschien, auf drei Telegramme, die sich auf Heilmanns Beschwerde bezogen, keine Antwort von Berlin zu bekommen.

Zeuge Dr. Köster: Ja, es war etwas komisch. Aber im ganzen war es eine Bogalette, über die man sich nicht aufregte. Auf Fragen Kuffhäuser (Soz.) erwidert der Zeuge, er kenne Heilmann persönlich gar nicht und habe niemals etwas mit ihm gehabt, daß Heilmann hätte veranlassen können, gegen ihn vorzugehen. Damit ist die Vernehmung Dr. Kösters beendet.

Der Vorf. bemerkt, das Wesentliche im Kapitel „Barmat und der Reichspräsident“ sei die Frage, ob der Reichspräsident, wissend, daß Barmat über belästigt, ihn dennoch begünstigt habe. Diese Frage sei nach seiner persönlichen Ueberzeugung genügend geprüft. Das Staatsoberhaupt dürfe dann vernommen werden, wenn sonst keine Klärung erfolgen könne. Der Reichspräsident habe den Vorstehenden wissen lassen, daß er seiner staatsbürgerlichen Pflicht nachkommen würde, aber etwas neues könne er nicht aussagen. Im Interesse des Staates und mit Rücksicht auf das Ausland könne nunmehr dieses Kapitel geschlossen werden. Die beiden Berichterstatter sollten jetzt einen schriftlichen Bericht erstatten.

Es entspinnt sich sodann eine längere Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob Reichspräsident Ebert als Zeuge vor dem Ausschuß vernommen werden soll.

Nach weiterer Beratung wird der Antrag des Vorsitzenden Sängers in folgender Form angenommen: Der Frosenkomplex Reichspräsident und Barmat wird verlassen, und als nächstes nimmt der Ausschuß in Angriff Frosenkomplex „Reichsfeindliche“. Die Sitzung wird darauf auf Montag, den 2. März, abends 6 Uhr vertagt.

Eine Erklärung Stresemanns.

In später Nachtstunde verbreitet BTB eine Erklärung Stresemanns gegen die Behauptungen des Benossen Heilmann in seiner gestrigen Rede im Landtag (siehe 3. Seite der 1. Beilage) bezüglich der Beziehungen Stresemanns zu Sprit-Weber, Wolpe usw. Wir müssen leider aus Raumgründen u. a. der Uebergabe dieser Erklärung in dieser Nummer Abstand nehmen, kommen jedoch auf die Angelegenheit zurück.

Das gleiche gilt für eine Entgegnung des Abg. Wilhelm Bruch auf unseren Aufsatz: „Reiniger“ Deutschlands.

Englands und Frankreichs Schulen

Von Dr. Erich Witte.

Genosse Haentisch beklagte es kürzlich in seinem Vortrag, den er bei der Kundgebung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen in dem früheren Herrenhaus hielt, mit Recht, daß das in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg so große Interesse der Öffentlichkeit für Schulfragen in der letzten Zeit wesentlich nachgelassen habe. Dies erklärt sich zum Teil daraus, daß die Parteien der Rechten die Verabschiedung der nach der Reichserfassung notwendigen Reichsschulgesetze verhindert haben, und das der preussische Unterrichtsminister Boeckh während seiner mehr als dreißährigen Amtszeitigkeit weder mit seiner „Reuordnung“ des höheren Schulwesens noch mit einer anderen seiner „Reformen“ einen Schritt auf dem Wege zur Einheitschule getan hat.

Wie ist es nun in andern Ländern? Das Reichsministerium des Innern gibt uns in der Schrift „Europäische Unterrichtsformen seit dem Weltkriege“ (Quelle und Meyer, Leipzig) Material zum Vergleich.

In England hat man schon in dem letzten Kriegsjahre begonnen, den Aufbau des ziemlich rückständigen Schulwesens sozialer zu gestalten, den Volksschülern den Uebergang in die höheren Schulen zu erleichtern und diesen den Standescharakter zu nehmen, den sie dort noch weit mehr als in Deutschland haben. Die höheren Schulen, die Staatszuschüsse erhalten, müssen mindestens 25 Proz. ihrer Plätze als Freiplätze vergeben. Um die Gemeinden zu ermutigen, mehr für ihre Schulen aufzuwenden, erhebt der Staat die Hälfte der Beiträge, die sie ausgeben, also um so mehr, je mehr sie selbst aufwenden. Die Zahl der Schüler hat in den höheren Schulen so außerordentlich zugenommen, daß sie schon im Jahre 1920/21 ungefähr das Doppelte betrug wie vor dem Kriege. Das Schulgeld ist an allen öffentlichen Volksschulen beseitigt worden. Die Pflicht zum Besuch einer Fortbildungsschule soll nach dem Vorbild Deutschlands allmählich auf alle Jugendlichen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres ausgedehnt werden.

Die entgegengesetzte Entwicklung wie in England hat sich in Frankreich vollzogen. Hier hat das Ministerium Poincaré eine Einrichtung getroffen, die Preußen schon vor mehr als sechs Jahrzehnten durch Errichtung der ersten Realschulen beseitigt hatte: Dort können künftig nur die studieren, die die beiden alten Sprachen gelernt haben. In den beiden untersten Klassen der höheren Schulen ist das Lateinische ein Pflichtfach für alle Schüler, in den beiden folgenden Klassen sind es Lateinische und die griechische Sprache. Nur in den oberen Klassen können die Schüler statt der toten Sprachen lebende lernen. Diese „Reform“ hat einen politischen Hintergrund: „Sie will das französische Volk — insbesondere die Bildungsschicht — mit dem Gedanken erfüllen, daß Frankreich der Erbe des römischen Weltreichs sei, der Hort und wesentliche Träger der abendländischen Kultur, sofern sie am Mittelmeer entstand.“ Die gebildete Jugend soll die Geburt der französischen Kultur aus der Antike erkennen, und dadurch soll ihr Nationalbewußtsein, der Glaube an die kulturelle und politische Mission am Mittelmeer und in Europa bestimmt werden.“ (Seite 16/17 der Schrift.)

Diese Umgestaltung, die von der französischen Kammer mit 330 gegen 255 Stimmen angenommen wurde, hat in der Öffentlichkeit,

auch bei den Lehrern der höheren Schulen und bei den Eltern, lebhaften Widerspruch gefunden. Das gegenwärtige Ministerium hat die Einführung einer Konvention angekündigt, die unter dem Vorbehalt von Ferdinand Wulffson jene „Reform“ rückgängig machen und die Einführung der Einheitschule vorbereiten soll.

In einer Beziehung kann uns indes das französische Schulwesen als Muster dienen. Ein Schüler, der stets versetzt wird, erlangt dort nach 11 Jahren, also im Alter von 17 Jahren die Universitätsreife. Während die Sozialdemokratie und die Deutsche Demokratische Partei in Uebereinstimmung mit dem Deutschen Städtetag im Reichstag Anträge auf Einführung der achtjährigen höheren Schule eingebracht haben, wollen die Parteien der Rechten die neunjährige höhere Schule beibehalten, so daß ein Schüler nicht wie vor Einführung der vierjährigen Grundschule 12 Jahre, sondern 13 Jahre bis zur Erlangung der Universitätsreife braucht. Armen Eltern wird es dadurch noch mehr erschwert, ihre Kinder eine höhere Schule durchmachen zu lassen.

Schule und Vogelstich. In gewissen Zeitschriften finden sich fortwährend Anzeigen von Naturalienhandlungen, die Käufe von Vögeln zu kaufen wünschen. Die gefahten Arten sind größtenteils solche, die durch das Reichsvogelschutzgesetz oder durch Verordnungen völlig geschützt sind. Soweit etwa noch von Schulen Nachfragen nach ausgestopften Vögeln dieser Art gehalten wird, sei daran erinnert, daß der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in dem Erlass vom 16. Juli 1923, betreffend den Schutz der Vogelwelt, vorgeschrieben hat, daß die Vermalter der Schulsammlungen und die Zeichenlehrer anzugeben seien, bei den Lehrmittelhandlungen nur solche Vögel zu erwerben, die nicht geschützt sind.

Vasco da Gama Ausreise. Die großen Feste, mit denen Portugal kürzlich den vierhundertsten Todesstag Vasco da Gamas begeht, geben einem Dokument, das kürzlich in der Volksbibliothek von Oporto aufgefunden wurde, ganz besondere Aktualität. Das amtliche Schriftstück erzählt ausführlich, wie am Morgen des 8. Juli 1497, an einem Sonntag, Vasco da Gama mit der gesamten Besatzung und unter Begleitung einer riesigen Volksmenge zum Einschiffungsplatz zog, während eine gewaltige Schar von Priestern und Mönchen fromme Hymnen sang und den Segen des Himmels auf die kühnen Seefahrer herabschickte. Die Ausreise zu der Entdeckungsfahrt, die zur Auffindung des Seewegs nach Indien führte, geschah am gleichen Tag vom Hofen Rostelle aus unter dem beherrschenden Beschrei der Menge, die sich weinend und betend auf dem Strand drängte und den abziehenden Heiden Glück- und Segenswünsche nachrief. Die für die lange Fahrt bestimmte Flotte setzte sich aus drei Karawellen und einem Beiboot zusammen, deren größte, die 120 Tonnen schwere „S. Gabiele“, von dem Führer der Expedition, dem Admiral Vasco da Gama kommandiert wurde, während die 100 Tonnen große „S. Raffaele“ dem Befehl des Vasco Vasco, dem Bruder des Großadmirals, unterstand. Die dritte der Karawellen von 50 Tonnen Raumhalt trug den Namen „Berrio“, zum Gedächtnis des gleichnamigen Vorken, der das Fahrzeug dem König Emanuel I. verkauft hatte, und wurde von dem Kapitän Nicola Coelho kommandiert. Das letzte Fahrzeug endlich war eine große Barke, die mit dem Prokiant und den zum Tausch-

handel mit den Eingeborenen bestimmten Waren beladen war. Die Besatzung war unter der Fille der portugiesischen Seeleute ausgewählt. Es waren im ganzen 160 Mann, von denen nur 55 die Heimat wiedersehen. Die übrigen 105 waren während der Reise zugrunde gegangen. Unter ihnen befand sich auch der Bruder des Großadmirals. Hervorhebung verdient aus dem Bericht noch eine bemerkenswerte Einzelheit. Unter den an Bord befindlichen Personen waren nämlich auch zwei bogennadigte Schwerwächter, die sogar als Geiseln mitgeführt wurden, und die, falls eine solche Wendung auf der Reise eintrat, als Sühnopfer zu Tode geopfert werden sollten. Die Flotte war im übrigen mit allem Notwendigen wohl versorgt. Man führte eine dreifache Reserve von Segeln und anderen Schiffszubehören mit, außerdem große Behälter mit Trinkwasser, Wein und Öl, Mehl, Weintrouben, Gemüse, Medizinamente, Munition und anderes.

Kein Straßenlärm mehr! Einen eigenartigen Versuch hat die Stadt Colombo auf der Insel Ceylon gemacht, um den Straßenlärm zu beseitigen. Sie hat eine der Hauptstraßen mit Gummiplaster lassen. Der Gummi wird erhitzt, bis er flüssig wird, dann wird seiner Kies dünn herausgeschleht, die ganze Masse wird dann festgewalzt. Sie ist nach dem Walzen etwa 4 Zentimeter dick. Die Kosten für dieses Gummiplaster sind ein wenig höher als die Kosten für asphaltiertes Pflaster. Aber man hofft, daß der höhere Preis durch die größere Dauerhaftigkeit des Gummis aufgewogen werden wird. Für Europa dürfte der Preisunterschied allerdings bedeutend sein, da der Transport große Summen verschlingt.

In der „Staatslichen Kunstbibliothek“ Prinz-Albrecht-Str. 7a wird am 25. d. M. eine Ausstellung der „Befreiungskämpfe der Warsche-Gesellschaft“ eröffnet. Sie wird den März hindurch, werktäglich von 9-9 Uhr, befreit Eintritt zugänglich sein.

Die Berliner Sektion veranstaltet im März ihre Frühjahrs-Ausstellung die ausschließlich dem Aquarel, Pastell und der Plastik gewidmet sein wird. In dieser Ausstellung dürfen sich auch Nichtmitglieder beteiligen.

Jam besten der Hinterschönen der vorangegangenen Vergleiche in der Rede „Minister Stein“ veranstaltet der Erste Männergesangsverein unter Leitung seines Dirigenten, des Professors Max Stange, in Gemeinschaft mit dem Reichlichen Hinterschönen, dirigiert von dem früheren Kapellmeister, Prof. Gramert, am Sonntag, den 22. vormittags um 11½ Uhr, im Circus Busch ein Konzert.

Der Männerchor „Licht-Georgien“ 1879 gibt am Sonntag, nachm 3½ Uhr, in der Bühnenhalle, ein Konzert mit Volksliedern und Liedern in Volkston. Kartenpreis 1.— Mark.

Karl Vogt hält am 25. 7½ Uhr, in der Kunstaussstellung Deutscher Völsamer Nr. 134a, einen Vortrag über „Spielkunst des Theaters“.

Die Galerie J. Casper, Kurfürstendamm 233, eröffnet die neue Ausstellung am 22. mit einer Kollektion von Gemälden, Aquarellen und Zeichnungen von Regimilian Schell und Aquarellen von Zaph. Gabor und G. v. Armin.

Hanns Jescher, der seit etwa 16 Jahren völlig erblindete Musiker, wird am 25. d. M., abends 8 Uhr, in der Aula Georgenir. 30 „Grünes und Gelbes“ aus seinem Leben“ erzählen. (Mit Lichtbildern.)

Für den Ball der „Bühnen-Gesellschaft“ am 28. in den gesamten Festräumen des Zoo wird nur eine bestimmte Anzahl von Karten ausgegeben um eine Ueberfüllung der Säle zu vermeiden. Der Kartenerwerb beginnt am 23., vormittags 10 Uhr, im Bos, Eingang Theaterplatz.

Poeges Widersprüche.

Fortsetzung der Vernehmung im Leipziger Tscheka-Prozess.

In der Vernehmung von Poege — über die wir im Abendblatt berichteten — hielt der Vorsitzende dem Angeklagten Poege die Niederträchtigkeit vor, daß er aus Haß falsche Aussagen gegen Neumann gemacht habe.

Angekl. (sehr erregt): Ich habe diese Beschuldigungen aus Empörung über diesen Menschen gemacht, der mich aus Ehrgeiz zu solchen Sachen gebracht hat. Man hat mich zum Verbrecher gemacht. Neumann (erregt): Unerhört.

Selbst der Verteidiger wurde hierauf vom Vorsitzenden verlangt, daß er dieses Verhalten Neumanns rüge, was Dr. Niedner auch tat, sich gleichzeitig eine Kritik der Verteidigung verbat. Es kommt im Anschluß hieran zu einer erregten Szene zwischen dem Vorsitzenden und der Verteidigung. Nachdem sich die allgemeine Aufregung gelegt hatte, wurde in der Vernehmung des Angeklagten Poege fortgefahren. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, daß er in der Vorunternehmung betundet habe, Margies hätte sein Bedauern ausgedrückt, daß bei der Erschießung des Kaufs die Geschosse nicht abgefeuert worden seien, erklärt Poege: Das war nicht richtig. Er nehme diese Beschuldigung zurück, die er nur gemacht habe, weil Margies von der Polizei als Schwerverbrecher hingestellt worden sei.

Vors.: Sie haben weiter gesagt, Neumann hätte Ihnen später erklärt, als sich später herausstellte, daß Kauf nicht tot war: „Du, das was ist noch nicht kaputt“.

Poege: Rein, das hat er nicht gesagt.

Vors.: Dann soll Neumann auch beim Abfeuern gerufen haben: „So, Du was, das ist für Potsdam“.

Poege: Rein, er hat gar nichts gesagt. Dazu war er viel zu erregt. Diese Behauptung ist nur von der Polizei fabriziert worden.

Auf weiteren Vorhalt des Vorsitzenden erklärt Poege, er habe seine Bekundungen nicht gemacht, um die Partei zu belasten, sondern weil man ihm die bei Margies gefundenen abgestellten Geschosse vorgelegt habe. Nachdem ich selbst eingestehen muß, daß ich ein Lump war und weil ich wenigstens als ehrlicher Mensch ins Zuchthaus gehen will, widerrufe ich meine Angaben, die ich gegen meinen Mitangeklagten gemacht habe.

Auf Befragen des R.-A. Dr. Wolf erklärt Poege zum Fall Seedi, daß er keineswegs den Eindruck gehabt habe, als ob nun Neumann seine Leute habe ins Feuer schicken wollen.

Längere Erörterungen entspannen sich über die Frage, wie weit Margies an dem Mordplan gegen Kauf beteiligt war.

Vors.: Wissen Sie etwas davon, daß „Helmuth“ auf der Polizeiwache Neumann gesagt hat, für ihn sei der Fall solange nicht erledigt, als Kauf noch lebe.

Poege: Ja, das hat mir Neumann erklärt.

Vors.: Hat er Ihnen auch gesagt, daß Kauf fortgesetzt im Krankenhaus beobachtet werde? Hat er Ihnen von den dahingehenden Mitteilungen, die auf einem Zettel vorgefunden wurden, mit der Überschrift „Abteilung 12“ erzählt?

Poege: Dieser Zettel ist mir erst später vorgelegt worden. Wir selbst haben uns nach dieser Affäre nie wieder mit Kauf beschäftigt. Dann kommt es zu der

Erörterung der Fälle Stinnes, Vorsig und Jehnpfund.

Neumann, so erklärt Poege, erzählte mir, er beschäftige sich mit Stinnes und schickte mich zum Hotel Esplanade, um festzustellen, ob Stinnes dort wohne.

Vors.: Hat er nicht gesagt, er habe den Auftrag, Stinnes zu erledigen?

Poege: Nein, er sagte, es sei notwendig, sich mit Stinnes zu beschäftigen. Erledigen hat er nicht gesagt. Ich stellte dann fest, daß Stinnes nicht im Esplanade wohnte, vielmehr, daß er sich in irgendwelchem Hinterort befände. Darauf erklärte Neumann, er werde mich nach dem Wohnort Stinnes, nach Wilhelm a. d. Ruhr, schicken, um dort durch Befragen von Angestellten und Bediensteten die Lebensweise Stinnes festzustellen. Er, Neumann, wolle dann nachkommen. Er werde dazu Pässe besorgen.

Vors.: Es sollen bereits Pässe mit dem Bismarck der Befehlungsbehörde besorgt worden sein.

Poege: Im Erfrischungstraum von Berthelm mußte ich mein Bild einem Mann übergeben, der in Verbindung steht mit „Ernst“ (Weiter der kommunistischen Poststelle).

Während der Ermittlungen im Falle Kauf, so fuhr Poege fort, erklärte mir Neumann, er habe Margies und Syon zum Auslandsreisen der Wohnung Vorsigs nach Tegel geschickt.

Der Kampf der Arbeiter müsse dadurch gestärkt werden, daß man sich mit Vorsig beschäftige. Während die Sache noch lief, sagte er, ich müsse mich jetzt mit einer anderen Angelegenheit befassen, und zwar handele es sich um die Stenotypistin Jehnpfund.

Der Vorsitzende hält dem Angeklagten dann seine Aussagen in der Vorunternehmung vor, in denen Poege u. a. betont hatte, er halte es für ausgeschlossen, daß „Helmuth“, als Chef des Militärapparates, den Auftrag zur Erledigung Seedis ohne Wissen des Direktoriums erteilt habe. In diesem Zusammenhang hatte Poege auch von Pies und Brandler gesprochen. Heute erklärt der Angeklagte dazu, daß der Untersuchungsrichter ihm alles vorgehalten hätte, was Neumann schon ausgesagt habe. Aus diesem Grunde habe er alles einfach bestätigt, obwohl er aus eigener Erfahrung davon keine Ahnung gehabt habe. Ebenso habe Neumann ihm erzählt, daß er mit „Helmuth“ Auseinandersetzungen gehabt und sich mit ihm gebort habe. Tatsächlich habe Neumann an dem betreffenden Tage eine Wunde im Gesicht gehabt. Nach Erledigung des Falles Kauf habe Neumann ihm erklärt, daß die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg eine Untersuchung des Falles Kauf beabsichtigt habe, daß aber das Reichsdirektorium den Fall niedergeschlagen habe.

Vors. zu Neumann: Haben Sie sich wegen Ihrer Aufgabe jemals mit dem Leiter des Nachrichtendienstes, einem Russen, der unter dem Decknamen „Otto“ tätig war, in Verbindung gesetzt?

Neumann: Nein.

Poege: Nach dem Fall Seedi sagte mir Neumann: „Wir haben nichts mehr mit der Partei zu tun. Wir haben uns als Außenstehende zu betrachten. Wir haben nur mit dem militärischen Apparat zu tun.“ Deshalb hat er ja noch Schadowski als Kurier genommen.

Vors.: Neumann, ist das richtig?

Neumann: Rein, Poege gibt eine falsche Darstellung. Ich habe gesagt, wenn uns etwas passiert bei Ausübung unserer Tätigkeit, dann werde die Partei als solche offiziell nicht für uns eintreten.

Vors.: Die Militärabteilung war doch aber eine Organisation der Partei?

Neumann: Jawohl, sie führte in der Abteilungsliste die Nummer 12.

Poege: Neumann sagte mir auch noch, wir lassen uns nicht in die Verbannung schicken, wir bleiben zusammen.

Vors.: Sie selbst haben in der Vorunternehmung die Aussage Neumanns dadurch bestätigt, indem Sie sagten, Neumann habe Ihnen befohlen, im Falle einer Verhaftung nie zuzugeben, daß die Gruppe in Auftrag der Partei handelte.

Poege: Jawohl, das ist richtig.

Vors.: Sie haben ferner gesagt, Neumann war vor Gründung der I-Gruppe Sekretär der Reichszentrale und es wäre möglich, daß die Zentrale von seiner neuen Tätigkeit nichts gewußt habe.

Poege: Ich nehme an, daß er im Einverständnis mit der Partei handelte. Ich mußte ja nicht, was alles später kommen würde.

Vors.: Sie haben ferner bekundet, daß die Partei Abschriften der Aussage des Kauf von der Polizei im Besitz hatte.

Poege: Neumann hatte vom 4. Bezirk erfahren, wie es Kauf ging, und später erzählte er mir dann auch, man wisse genau, was Kauf vor der Polizei ausgesagt hatte.

Vors.: Sie behaupten, daß alle Ihre Bekundungen auf Grund einer Broschüre „Das wahre Gesicht der Kommunisten“ von Ihnen angefertigt seien. Sie haben aber noch ganz andere Bekundungen gemacht, die unmöglich aus der Broschüre stammen können, so über die Mitglieder der Zentrale und über Ihren Aufgabenzweig.

Poege: Das habe ich aus meinen Unterhaltungen mit Neumann erfahren. Ich selbst habe aber mit diesen Leuten keinen Verkehr gehabt.

Vors.: Sie waren doch aber auch in Dresden. Sie haben doch bekundet, daß Strözel Militärleiter von Sachsen war.

Rechtsanwalt Neumann: Ich möchte hierzu mitteilen, daß auf Grund dieser Mitteilungen Poeges in der Leipziger Wohnung des Angeklagten Strözel, wie in seinem Bureau, eine Durchsuchung stattgefunden hat, bei der ein großes militärisches Material beschlagnahmt wurde. Die Vorunternehmung schwebt gegen ihn. Die Akten könnten gegebenenfalls herbeigeschafft werden. — Rechtsanwalt Neumann fortsetzend: Im übrigen habe ich mir die Broschüre „Das wahre Gesicht der Kommunisten“ beschafft, aus der der Angeklagte seine Aussagen angefertigt haben will. Der Rechtsanwalt überreicht die Broschüre dem Gericht, worauf die Verteidigung die Echtheit dieser überreichten Broschüre bezweifelt, während Poege sie als die echte anerkennt. Gleichzeitig überreicht die Verteidigung eine zweite Broschüre, die ebenfalls den gleichen Titel tragen soll.

Vors.: Sie haben in der Vorunternehmung auch detaillierte Beschreibungen von „Ernst Günther“, „Karl Chennig“, „Hans Winkler“ gegeben. Sie haben auch davon gesprochen, daß der Verbindungsmann des Waffenerleiters „Albert“ ein gewisser Wülfelmann gewesen sei, der ein Zigarrengeschäft an der katholischen Kirche in Tempelhof hatte und den Decknamen „Gottfried“ trug. Für den Verkehr mit ihm bestand folgende Formel: Man sollte in dem Geschäft fragen: „Haben Sie russische Zigaretten Nr. 100?“ Wenn die Leute entgegennehmen „Rein“, sollten sie weiter fragen: „Bieleicht russische Zigaretten Nr. 80“, und wenn die Leute auch darauf nicht eingingen sollte man sagen: „Ich will „Gottfried“ sprechen, es handelt sich um Apfelfinnen“. — Apfelfinnen hieß Sprengstoff und tatsächlich lagerte dieser Sprengstoff im Etschran von Wülfelmann.

Poege: Ich erhielt einen Zettel, auf dem diese Erkennungsformel stand, von Seemann.

Vors.: Sie haben von Kreffe gesagt, daß er Sekretär des Militärischen Bureau sei und daß er in einem Hotel in der Johannerstraße am Hallschen Tor wohne, ferner, daß „Mer“ ein Russe sei, dessen Lichtbild Ihnen in Stuttgart gezeigt worden sei. War das Stoblewski?

Poege: Das war ein anderer „Mer“.

Vors.: So, Ihr habt mehrere „Mere“ gehabt. Sie sprachen auch von Stöder, der die militärische Organisation für das Reichsland geschaffen hat. Beim ihm hätten Sie auch militärische Größen des Ruhrreviers gesehen. Stöder habe den militärischen Aufbau im Ruhrrevier kontrolliert. Er sei auch nach der Rufe Brandlers nach Moskau Chef des Direktoriums gewesen. Weiter haben Sie zum Fall Seedi bekundet, daß die „ca“, wie Neumann Ihnen erklärt habe, mit Offizieren sich einlassen sollte, um so Näheres über Seedi zu erfahren. (Zu Neumann): Sie unterbreiten Beziehungen zu „Lu“? — Neumann (sehr erregt): Ja, nein nie. (Weiterleit.) Vors.: Nein, entschuldigen Sie bitte, Herr Neumann unterhält zu „Lu“ Beziehungen. Ist es aber richtig, daß Sie von dem gesprochen haben, was Poege eben sagte?

Neumann: Jawohl, das ist möglich.

Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt Neumann, daß Poege entgegen seiner jetzigen Darstellung und bindigt auf Grund eigener Erfahrungen seine Aussagen gemacht haben müsse.

Zu längeren Erörterungen kommt es dann noch einmal wegen der sogenannten Dresdener Konferenz, der Anweisung Brandlers, den Attentatsplan auf sich zu nehmen usw. Poege hatte hierzu erklärt, daß auf ein Schreiben Radeks Ruff Fischer einen Brief abgefaßt habe, in dem sie für Berlin Demonstrationen und als Provokation der Bourgeoisie die Ermordung Seedis angekündigt habe.

Neumann: Ich habe Poege ausdrücklich erzählt, daß Brandler gesagt hat, die Gruppe müsse zusammenbleiben. Sie dürfe auch auf keinen Fall aus der Partei auscheiden.

Poege: Neumann sagte sogar, wir würden hinter dem Rücken Brandlers weiterarbeiten und erst nach einer Rücksprache mit „Helmuth“ erklärte er, es heiße alles beim alten. Eingehend wird auch noch einmal die tatsächliche Auseinandersetzung zwischen „Helmuth“ und Neumann in der Wohnung Brandlers erörtert, wozu Neumann noch erklärt, er habe sich zwar den Befehlen „Helmuths“ fügen müssen, habe es aber nicht nötig gehabt, sich von ihm schlagen zu lassen. Deshalb habe er sich zur Wehr gesetzt.

Vors. zu Angeklagten Poege: Sie haben bei Ihrer ersten Gegenüberstellung mit Stoblewski erklärt, das ist „Helmuth“, auf den sich alle unsere Angaben beziehen. Halten Sie das noch aufrecht?

Poege: Rein, es ist nicht mehr. Ich habe das nur gesagt, weil mir Landgerichtsdirektor Vogt so zugelegt hatte.

Vors.: Sie haben diese Aussagen aber zweimal wiederholt. Sie haben dreimal vor dem Richter zugegeben, daß Stoblewski „Helmuth“ sei. Dann hätten Sie also dreimal gelogen.

Poege: Jawohl. (Bewegung und Heiterkeit.)

R.-A. Dr. Rosenfeld: Ist Ihnen nahegelegt worden, gerade Stoblewski wiederzuerkennen, weil es darauf ankomme, einen Russen festzustellen, hat man Sie irgendwie bedroht?

Poege: Ich kann nicht sagen, daß man mich bedroht hat, aber man sagte mir, er wäre derjenige, der uns ins Unglück gestürzt hat, wir wären arme betrogene Arbeiter. Darauf habe ich diese wissentlich falsche Aussage gemacht.

Vors.: Um sich zu entlasten, hätten Sie danach also einen Unschuldigen der Anklage zum Mord beschuldigt?

Vors. zu Neumann: Sind Sie einmal irgendwie beeinflusst worden bei Ihrer Aussage?

Neumann: Ich kann nur sagen, daß auf mich kein Druck von irgendwelcher Behörde ausgeübt worden ist, in meiner Gegenwart auch nicht auf Poege. Ich möchte aber noch folgendes sagen: Als wir beide, Poege und ich, zu Landgerichtsdirektor Vogt geführt wurden, sagte Poege zu mir heimlich: Ich mache es Dir aber zur Gewissenspflicht, daß Du „Helmuth“ gegenüber so auftrittst, wie wir es als Gruppe verlangen können, daß Du gründlich auspadst gegen ihn. Ich habe dann auch, ohne von Landgerichtsdirektor Vogt aufgefordert zu sein, „Helmuth“ gegenüber meiner Empörung darüber Ausdruck gegeben, daß er jetzt alles ableugne, nachdem er uns ins Feuer geschickt habe.

Poege (höhnisch): Dazu hätten wir ja eine halbe Stunde brauchen müssen.

R.-A. Dr. Samter: Hat Neumann nicht auf andere Angeklagte einen Druck ausgeübt, hat er sich nicht mit Landgerichtsdirektor Vogt bemüht, die Leute zu Aussagen gegen Ihre Partei zu bringen?

Neumann: Das muß ich ganz entschieden bestreiten. Ich habe hufe einmal vorgehalten, daß es doch Unfug wäre, was er abgeleugnet hat. Ich hätte keine Veranlassung mehr, die Partei zu schätzen

und ich habe ihm gezeigt, was die „Rote Fahne“ über uns geschrieben hat.

Hufe: Neumann hat mir aber auch dabei gedroht, er werde bei einer günstigen Gelegenheit über mich noch persönlich aussagen. Jetzt ist ja der Zeitpunkt günstig, jetzt kann er ja auspaden.

Neumann: Davon ist mir nichts bekannt. Ich entsinne mich dessen nicht. Ich hatte keine Veranlassung, Hufe reinzureihen.

R.-A. Dr. Wolf: Weshalb entrüstet sich denn Neumann, daß ihn heute die Partei fallen lasse, er hat es ja selbst Poege vorher angekündigt, daß das passieren werde.

Neumann: Ich habe gesagt, die Partei wird offiziell von uns abdrücken. Das ist aber etwas anderes, als uns hinterher so zu beschimpfen, obgleich (auf Stoblewski zeigend) „Helmuth“ uns auch noch versprochen hatte, daß jede Familie bei einer Verhaftung sofort 150 Dollar erhalten würde. Ich habe keine Ursache, einer Partei die Treue zu halten, die kein feines Schild hat. (Bewegung.)

Zu längeren Auseinandersetzungen kommt es dann über die Frage, ob Neumann im Polizeigefängnis in Stuttgart regelmäßig die „Rote Fahne“ erhalten hat, während ihre Ausbündigung den übrigen Angeklagten, wie der Vorsitzende durch Befragen der Reihe nach feststellte, verweigert wurde.

R.-A. Dr. Löwenthal beantragte hierzu die Vernehmung der zuständigen Gefängnisbeamten, denen die Postzensur oblag.

Nach einer 15-minütigen Mittagspause stellte der Vorsitzende zunächst fest, daß der Angeklagte Poege an und für sich zugabe, das, was in den Protokollen steht, auch gesagt zu haben. Er widerspreche nur das, womit er sich oder seine Partei befaßt. — Im Einverständnis mit der Verteidigung und der Rechtsanwaltschaft wird beschlossen, der Einfachheit halber von allen übrigen den Angeklagten Poege betreffenden Fällen zunächst seine Protokolle zu verlesen und nur in einzelnen Punkten auf die Widersprüche einzugehen. Zunächst wird ein Brief Poeges an seine Frau verlesen, den er aus dem Untersuchungsgefängnis geschrieben hat und in dem er seine Schwäche während der 9 Monate langen „Inquisition“ bekennt. Dann werden zu den Fällen Jauche, Schlotter und Weigel die diesbezüglichen Protokolle Poeges verlesen. Zum Fall Jauche bekundet Poege in seinem Protokoll weiter, Neumann habe ihm erklärt, der Solkel Jauche müsse erledigt, d. h. getötet werden, eine Darstellung, die der Angeklagte Neumann jetzt als unrichtig bezeichnet. Er habe lediglich gesagt: Jauche solle erledigt werden, wenn die Nachprüfung des Verdachts dessen Bestätigung findet. Weiter heißt es: In Heidelberg hat Marais mir (Poege) den Plan mitgeteilt, bei Arenz in Cella-Reddis nachts einzubrechen und ihm den Hals durchzuschneiden, dann einige Sachen fortzunehmen und so vorzutauschen, daß es sich nicht um ein politisches Verbrechen, sondern um einen Raubmord handele. Als ich ihm mein Einsehen über diesen Plan ausdrückte, erklärte Marais: „Du hast noch etwas in Dir, was dumme Menschen Gerissen nennen. Das gibt es bei mir nicht. Bei mir gibt es nicht langes Federlesen.“

Vors. zu Poege: Ist das richtig?

Poege: Rein.

Vors.: Es war doch aber eine große Niederträchtigkeit, das wider besseres Wissen zu behaupten.

Poege (leise): Ich habe keine Erklärung dafür, als die, die ich vorher schon gab.

Vors.: Das nützt uns aber nicht.

Margies: Nicht Poege trägt die Schuld daran, sondern die Aussage ist zustande gekommen, weil der Kriminalkommissar Koppenhöfer so viel auf ihn eingeredet hat.

Weiter heißt es in dem Protokoll, daß in Heidelberg Marais den Jauche sofort bei der ersten Begegnung habe über den Hals schlagen wollen. Als Poege darauf nicht einging, habe er vorgeschlagen, den Jauche in ein Bordell oder auf einen Aussichtsturm in der Nähe des Heidelberger Schlosses zu locken, und ihn dort zu töten.

Poege: Ich war damit nicht einverstanden, worauf Margies mir Vorwürfe machte, daß ich eine günstige Gelegenheit habe verstreichen lassen und drohte, den Befehl Neumanns selbst auszuführen. Ich habe dann Marschner, der mit von Neumann aus Stuttgart nach Heidelberg geschickt wurde, die Mitteilung an Neumann weitergegeben, daß die Sache in Heidelberg abgedroht werde, weil sich der Verdacht gegen Jauche nicht bestätigt habe.

Neumann: In dieser Form habe ich diese Mitteilung nicht erhalten.

Nach Feststellung einiger weiterer Widersprüche zwischen den Bekundungen Neumanns und Poege zu diesem Fall erklärten sich die Rechtsanwälte Dr. Wolf, Dr. Samter, Dr. Herzfeld aus professionellen Gründen gegen eine weitere Verlesung der Protokolle, worauf der Vorsitzende mit dem eigenhändigen Verhör Poeges fortfuhr, der dann die Stuttgarter Tätigkeit der Gruppe schilderte.

Um 5 Uhr wurde hierauf die Sitzung auf Sonnabend früh 9 Uhr vertagt.

Moskauer Berichterstattung.

Sowjetrußland und der Leipziger Prozess.

Moskau, 18. Februar. (Df.-Eppress.) Der Leipziger Prozess beschäftigt die Sowjetpresse aufs lebhafteste. In ihren Berichten geht sie auf die einzelnen in dem Prozess gemachten Aussagen wenig ein, diese werden vielmehr in Bausch und Bogen als Propagandafakten und Spiegelaussagen abgetan. Eine Ableitung sucht die Sowjetpresse darin, daß die Leipziger Zeugnisaussagen immer wieder im Zusammenhang mit den Barmat- und Kautzler-Standalen betrachtet werden. Es soll der Eindruck erweckt werden, daß der Leipziger Prozess ebenfalls durch korrupte und propagatorische Mittel künstlich gesteuert sei. In den „Iswestija“ widmet Stelkow diesen Affären einen langen Artikel und stellt ihnen den Leipziger Tscheka-Prozess gegenüber, um dann zu dem Schluß zu kommen, daß die „Bourgeoisie“ alle Mittel „des Terrors, der Spionage und der Korruption“ aufbiete, um ihr „Scheitern“ künstlich zu verlängern.

Das britische Frauenwahlrecht.

Erweiterungsantrag der Arbeiterpartei abgelehnt.

London, 20. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im Unterhaus fand am Freitag der Antrag der Arbeiterpartei, das Stimmrecht allen über 21 Jahre alten Frauen zu gewähren, zur Beratung. Die Regierung forderte Ablehnung, weil die Frage noch nicht genügend geklärt sei; sie selbst wolle jedoch noch in dieser Sitzung ein Gesetz einbringen, das in Erfüllung des Regierungsvorworts den Frauen das gleiche Wahlrecht geben werde. Wenn der Antrag der Arbeiterpartei angenommen würde, würden 5.000.000 neue Frauenstimmen gewonnen und die Männerstimmen die Minderheit haben. Der Antrag wurde mit 220 gegen 158 Stimmen abgelehnt.

John Brabury, der bisherige Vertreter Englands in der Reparationskommission, nahm gestern Abschied von dieser Körperschaft und stellte ihr seinen Nachfolger Lord Blanesburgh vor.

Ministerpräsident Idenus stellte die Aufzählung der belgischen Kammer in etwa 14 Tagen in Aussicht. Die Reumwahlen waren ebenfalls in diesem Frühjahr fällig, doch ist die liberale Koalition bekanntlich am Ende ihres Lateins.

Gewerkschaftsbewegung

Einheitsorganisation im Bankgewerbe.

Die Verschmelzung vollzogen.

Wie die Zentralvorstände des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten und des Reichsverbandes der Bankangestellten mitteilen, haben die Beratungen der beauftragten Verhandlungskommission über den Zusammenschluß der beiden Organisationen zu einer vollen Einigung geführt. Der gesamte Organisationsbestand des Reichsverbandes der Bankangestellten wird sofort in den Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten übergeführt mit der Maßgabe, daß den Mitgliedern des Reichsverbandes ihre in dieser Organisation erworbenen Rechte im Allgemeinen Verband voll angeordnet werden.

Aus dem Zentralvorstand des Reichsverbandes treten vier Mitglieder in den Zentralvorstand des Allgemeinen Verbandes ein. Die Geschäftsführer des Reichsverbandes sowie das gesamte Büropersonal werden dem Allgemeinen Verband übergeben. In den Ortsgruppenvorständen des Allgemeinen Verbandes wird den Mitgliedern des Reichsverbandes eine angemessene Vertretung sichergestellt.

In den Kreisen der Bankangestellten sind die geführten Einigungsverhandlungen mit lebhafter Anteilnahme verfolgt worden. Die Befanntgabe des nunmehr vollzogenen Zusammenschlusses der beiden Verbände hat in den Bankbetrieben begeisterte Zustimmung ausgelöst. Mit diesem Zusammenschluß ist zweifellos ein großer Schritt nach vorwärts auf dem Wege zur Einheitsorganisation der Bankangestellten gemacht worden. Im Interesse der Hebung der sozialen und materiellen Lage der Bankangestellten ist diese Fusion nur zu begrüßen.

Nun gilt es aber auch, die notwendige Kapitalanwendung daraus zu ziehen. Es muß jetzt als Ehrenpflicht aller Mitglieder der Einheitsorganisation gelten, durch eifrige Vorbereitung alle noch ausstehenden Bankangestellten dem Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten zuzuführen. Er wird dann eine Macht darstellen, die auch das vereinigte Bankkapital zu respektieren haben wird und die allem Instande ist, mit Nachdruck die Interessen der Bankangestellten wahrzunehmen.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

(Coo) Im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates begann gestern vormittag die stark besuchte Tagung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Als einziger Gegenstand der Tagesordnung ist vorgesehen: Das Problem der Arbeitslosenversicherung in Deutschland.

Als erster sprach Professor Dr. Jastrow-Berlin vom historischen Standpunkt aus über den Werdegang der Arbeitslosenversicherung im Rahmen der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Entwicklung, von den ersten Anfängen bis zu den heute bestehenden Bestimmungen der Arbeitslosenversicherung, welche die Grundlage zu dem Gesetz abgeben haben.

Für die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sprach Dr. Erdmann. Er hob besonders die finanzielle Auswirkung auf unseren Etat, die Mehrbelastung nach dem Fortfall der Bedürftigkeitsfrage sowie die organisatorischen Gesichtspunkte hervor. Die kommende Arbeitslosenversicherung, so führte der Redner aus, sei ein Sprung ins Dunkle.

Der dritte Redner Spliedt-Berlin (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) zeigte das Problem der Arbeitslosigkeit als

Problem der Organisation unserer Wirtschaft.

In Deutschland wären auch in der Vorkriegszeit, heißt es in Zeiten guter Konjunktur, dauernd 250-300 000 Arbeitskräfte erwerbslos gewesen. Diese Zahl sei in Krisenzeiten auf das Drei- und Mehrfache gestiegen. Die Nachkriegszeit habe eine bedeutende Zahl der Arbeitslosen gebracht, und die Lage, besonders der älteren Erwerbslosen, durch die fortschreitende Technik und vermehrte Produktion, die nicht mehr im Einklang zum Verbrauch stehe, ganz bedeutend verschärft. Die Nachkriegszeit habe die Erwerbslosenhilfe auf eine breitere Grundlage gestellt, jedoch an das Prinzip der Armenfürsorge gebunden. Diesem Standpunkt dürfe in der Arbeitslosenversicherung nicht stattgegeben werden. Die Forderung einer Unterfütterung aus der Versicherung sei eine Rechtsforderung. Der Redner ging sodann auf die Möglichkeit der Durchführung der Arbeitslosenversicherung ein. Die sozialpolitische Belastung sei nicht so, daß sie einen Hinderungsgrund für die Einführung der Arbeitslosenversicherung bedeuten könne. Die Frage, daß die Wirtschaft die Belastung nicht zu tragen vermöge, sei ebenso unberechtigt. Sie könne sie tragen, umso mehr, als die Belastung allein aus dem Versicherungsprinzip heraus nicht wesentlich steigen werde. Die deutsche Wirtschaft habe im deutschen Arbeiter, seiner Bildung, seinem Arbeits-eifer, seiner Lebensauffassung, einen Aktiosten, um den die Wirtschaftsführer des Auslandes uns beneiden. Dieses Gut müsse gepflegt werden; es dürfe nicht verkommen. Sozialpolitik sei nicht nur ein Gebot der Ethik und Humanität, sondern zugleich eine rein nüchterne Wirtschaftsrechnung. Aus diesem Erkennen fließe die Forderung nach einem genügenden Arbeitslosenschutz und dem Gesetz der Arbeitslosenversicherung. Die Arbeitslosenversicherung bedeute nicht die sekundäre Unterstützung der

Musikaufträge

überlegt man nur dem Nachweis des Deutschen Musiker-Verbandes, Berlin O 27, Rindfleischstr. 21 (Königsplatz 4310). Geschäftst. 9-5, Sonntag 10-2 Uhr. Kal. Musik-Vertriebsbüro.

erwerbslos gemordeten. Wichtiger sei die Durchführung praktischer Maßnahmen:

Verhinderung und schnelle Beendigung der Arbeitslosigkeit, planmäßige Umstellung, Umschichtung und Ausgleich der Arbeitskräfte, Arbeitsvermittlung und Berufsberatung.

Der Redner erinnert sodann an die Verhältnisse in England, das seit mehr als vier Jahren über 1 1/2 Millionen Erwerbslose, d. h. 10 Proz. aller Versicherten, habe. Das sei nicht mehr das Schicksal zahlloser Einzelner, sondern das Schicksal der Gesellschaft. Deutschland stehe vor dem gleichen Problem, das es nur durch eine gut durchgeführte Arbeitslosenversicherung lösen könne.

Im weiteren Verlaufe der Tagung wurden Referate über die Lastenverteilung und die verschiedenen Systeme, ihrer Anwendung in den Landeszentralen erstattet. Eingehend erörtert wurden die Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als Aufgabe der Arbeitslosenversicherung, sowie die Frage, inwieweit der Arbeitsnachweis als Organ der Arbeitslosenversicherung dienlich sein soll.

Der Vorsitzende der Gesellschaft, Dr. Freund, schloß nach lebhafter geführter Diskussion die Tagung und sprach den Teilnehmern den Dank der Gesellschaft aus.

Die ersten Stadtverordnetenwahlen von Nowawes

finden am Sonntag, den 22. Februar 1925 statt.

Der Ausbau der jungen Stadt

nach moderner, kommunalpolitischer Gesichtspunkten wird nur möglich sein

wenn die Sozialdemokratie bei der Wahl einen überwältigenden Sieg erringt.

Zur jeder sozialistische, republikanische und freiheitliche Wähler am Sonntag, den 22. Februar, seine Pflicht! Mann für Mann, Frau für Frau an die Wahlurne für die

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Lohnverhandlungen in der Bekleidungsindustrie.

Für die Herrenmähbranche finden am kommenden Montag in Nürnberg zentrale Lohnverhandlungen statt. Auch in der Damenmähneiderei stehen örtliche Verhandlungen in Aussicht, ebenso für die Konfektionsanderrinnen. Hier werden die Verhandlungen deshalb örtlich geführt, weil die Arbeiter nicht zentral organisiert sind. Die im Deutschen Bekleidungsarbeiterverband organisierten Herrenmäh-schneider nahmen bereits am Dienstag Stellung zu dem Ergebnis der Nürnberger Verhandlungen.

Lohnverhandlungen im Steinsetzgewerbe.

Die Verhandlungen über die Neuegelung der Stundenlöhne im Steinsetzgewerbe am 19. Februar d. J. in der paritätischen Schlichtungskommission führten noch zu keinem Ergebnis. Die Arbeitgeber erklärten, für die Lohnperioden im März mehr als 4 Proz. Stundenzulage nicht gewähren zu können. Die Verhandlungen sollen aber am 27. Februar erneut aufgenommen werden.

Ausperrung bei H. Reiser Nachfg., Schuhfabrik.

Das Schuhwarenhaus H. Reiser Nachfg., Inhaber Klausner, unterhält in Berlin neben vielen Schuhverkaufsstellen auch eine Schuhfabrik in der Großen Frankfurter Straße 32. Die Firma scheint das Bedürfnis zu haben, das tausende Publikum von der Existenz ihrer Schuhfabrik in Kenntnis zu setzen, indem sie von sich reden macht. Erst vor drei Wochen drohte in der Fabrik ein Konflikt auszubrechen, weil ein Betriebsratsmitglied aus der Stepperei in eine andere Abteilung versetzt werden sollte, wobei sehr stark die Vermutung einer Strafverfehlung vorlag. Die Belegschaft wehrte sich gegen diese Maßnahme der Firma, gab aber schließlich nach, was scheinbar als Schwäche ausgelegt wurde.

Bei dieser Firma besteht nun seit Ende 1923 die schöne Einrichtung, daß die Arbeiter beim Verlassen der Fabrik sich der Kugelfontrolle mit Leibesvisitation, durchgeführt von Angestellten, unterwerfen müssen. Gegen diesen Zustand hat sich nun die Belegschaft gewandt und den Betriebsrat beauftragt, am 30. Januar zum 13. Februar die Kugelfontrolle zu kündigen, weil sie sich nicht länger will als Spitzbuben hinstellen lassen und die Körperkontrolle als einen unwürdigen Zustand empfindet. Bei der Kündigung am 30. Januar erklärte Herr Klausner, über diese Frage mit dem Betriebsrat in einer besonderen Sitzung zu sprechen. Da während der vierzehntägigen Frist sich die Firma aber gar nicht meldete, unterwarf seit dem 14. Februar die Belegschaft sich nicht mehr der Kontrolle, da ein stillschweigendes Einverständnis der Firma vorlag oder zum mindestens angenommen werden mußte. Nachdem die Firma durch mehrere Anschläge in der Fabrik, die Belegschaft nicht zur Aufgabe ihres Standpunktes bewegen konnte, erfolgte gestern unter Bruch des Tarifvertrages die Aussperrung. Der Betriebsrat hat die Firma vor der Aussperrung auf den vorchriftsmäßigen Klageweg hingewiesen. Wenn die Firma diesen Weg nicht beschritten hat, so ist das ein Zeichen dafür, daß sie von ihrem vermeintlichen Recht nicht so sehr überzeugt ist und statt dessen den Machtpunkt hervorhebt. Sache der Kollegenschaft der Berliner Schuhindustrie wird es sein,

die Aussperrten moralisch und finanziell zu unterstützen und so zum Siege zu verhelfen. Das tausende Publikum soll sich aber vor dem Betreten des Schuhwarengeschäftes erst die Firma genauer ansehen. Kollegen und Arbeitsbrüder, übt strengste Solidarität!

Wegen die Spaltungsmannöver.

Am 17. Februar fand eine Sitzung der SPD-Funktionäre des UEG-Konzerns statt. Nach einem Referat des Genossen Ziska stellte sich die Fraktion einstimmig auf den Standpunkt, daß die Wahl der Betriebsräte nur nach freigelegten, sachlichen Grundfragen zu erfolgen hat. Unter Hinweis auf die Richtlinien der SPD-Zentrale erklärte die Versammlung, daß unsere Genossen unter keinen Umständen irgendwie Bedingungen der SPD entgegennehmen dürfen. Außerdem sollte die Fraktion einstimmig folgenden Beschluß fassen:

„In letzter Zeit sollen sich nach Mitteilungen der „Roten Fahne“ in einzelnen Betrieben des UEG-Konzerns Parteigenossen oder Genossen bereit gefunden haben, sich in verschiedene Delegationen, die zu parteipolitischen Zwecken von der kommunistischen Partei aufgezogen werden, wählen zu lassen. (Betriebsräte-tongreß-Delegationen zum Reichstag usw.)

Die Fraktionsversammlung der SPD des UEG-Konzerns stellt fest, daß diese Genossen nicht das Recht haben, im Auftrage der Genossen bzw. Genossinnen zu handeln und fordert die betreffenden auf, sofort ihre Mandate in diesen Delegationen niederzulegen.

Das Recht, Betriebsräte-tongreß einzuberufen, steht nur den Gewerkschaften zu. Sich zu Handlangern der kommunistischen Partei degradieren zu lassen, lehnen die Genossen mit aller Entschiedenheit ab. Ohne Zustimmung der Gesamtkonferenz des UEG-Konzerns hat für die Zukunft kein Parteimitglied das Recht, sich irgendwie an Delegationen zu beteiligen. Der Fraktionsvorstand wird beauftragt, den Bezirksvorstand zu ersuchen, einen Beschluß dahingehend zu fassen, daß Parteimitglieder, die sich dazu hergeben, gegen diesen Beschluß zu handeln, nicht mehr Mitglied der Partei sein können.“

Der Fraktionsvorstand wurde einstimmig wiedergewählt, ferner zwei Genossen neu hinzu gewählt. Der Besuch der Versammlung und die Aussprache ergab, daß es überall in den Betrieben wieder voran geht. Die Arbeiterchaft sieht immer mehr ein, daß die Kommunisten nur die Reaktion gestärkt haben und die Arbeiterchaft die Kosten zu zahlen hat. Unsere Genossen sehen der Betriebsratswahl mit den größten Hoffnungen entgegen und sind überzeugt, daß die Listen der freien Gewerkschaften auch in diesem Jahre die Arbeiterchaft geschlossen hinter sich haben wird.

Auch in Bayern.

München, 20. Februar. (BZ.) Der Wirtschaftsausschuß des bayerischen Landtages hat mit großer Mehrheit einen sozialdemokratischen Antrag angenommen, der die Regierung ersucht, die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 20. Januar 1925 über die Arbeitszeit in Hochöfenwerken ab 1. April 1925 in Wirksamkeit zu setzen. Der Vertreter des Handelsministeriums hatte im Laufe der Aussprache die Auffassung vertreten, daß wegen der wirtschaftlichen Lage der bayerischen Werke der Zeitpunkt der Herabsetzung der Arbeitszeit noch hinausschoben werden sollte.

Der Lohnstarif der Solinger Metallindustrie wurde von den beteiligten Gewerkschaften gefündigt. Sie forderten 20 Proz. Lohn-erhöhung und Beseitigung der Lohnspannen.

Achtung, Mitglieder des Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verbandes!

(Normale Zentralversammlung der Bäcker und Konditoren.) Sonntag vormittag 9 Uhr 15 im Gewerkschaftshaus die Jahresgeneralversammlung. Die „Rote Fahne“ fordert im bekanntesten Tone ihre Anhänger auf, vollständig dort zu erscheinen. Um so mehr ist es Pflicht aller unserer Genossen und Anhänger der Gerechtigkeit, der sozialistischen orientierten Arbeiter, auf dem Vollen zu sein und dafür zu sorgen, daß die Beschlüsse der moskowitzischen Führer der Einheitsfront durchzusetzen werden.

Achtung, UEG-Kabelwerk Oberpettel! Sonntag vormittag 9 Uhr im Lokal von Pettel, Niederhörsenweide, Brückenstr. 13, wichtige Versammlung aller SPD-Genossen. Es ist Pflicht aller Parteigenossen, zu erscheinen. Mitgliedsbuch kontrolliert. Der Fraktionsvorstand.

Gewerkschaft Deutscher Volkswirtschaftler. Montag abend 7 1/2 Uhr wichtige Versammlung im Rathaus, Zimmer 30. Tagesordnung: Der nächste Verhandlungstag. Am Sonntagabend treffen sich alle Gewerkschaftler zum Vortrag der Freiwerter im Rathaus, Zimmer 109. Thema: Kirche, Staat und Schule.

Wahlinstrumentenarbeiter der Richtung Kupperbaum! Montag nachmittag 4 1/2 Uhr wichtige Versammlung der Betriebsratsvorsitzenden im Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147. Jeder Betrieb muß einen Vertreter entsenden. Der Betriebsrat.

M. SCHULMEISTER

Hochbahnstation Kottbuser Tor



Einsegnungsanzüge

in blau, schwarz u. marengo Cheviotstoffen

29, 32, 34, 38, 40, 42, 46, 50 M.

Nur Qualitätsware kommt zum Verkauf

Raminma

MARGARINE

buttergleich

selbst aber ohnegleichen!

weil sie den Nährwert und Feingeschmack der besten Tafelbutter mit der Billigkeit der Margarine in sich vereinigt.

1/2 Pfd. nur 50 Pfg.

Kinderzeitung „Der kleine Coco“ gratis!

Neu erschienen: „Fips Lachzeitung für liebe kleine Kinder“.

Die Heimat des Reichsbanners.

Zum Jahrestag der Reichsbannergründung in Magdeburg.

Zum ersten Geburtstagsfest des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ sollen am Sonntag Ertzagänge über Ertzagänge nach der Heimat des republikanischen Bundes, nach Magdeburg. Hunderttausend und mehr Reichsbannerleute werden in den Mauern der alten Elbestadt zusammenströmen, um Zeugnis dafür abzulegen, daß der republikanische Gedanke trotz Stahlhelm, Bismarck und Jungdo tiefe Wurzeln im Volke geschlagen hat. Der Massenbesuch aus Ost und West, aus Süd und Nord wird dem republikanischen Tag in Magdeburg seine Bedeutung und sein Gepräge geben. Freilich ist Magdeburg nicht nur die Heimat des „Reichsbanners“, sondern auch des „Stahlhelms“. Von dort ging zuerst der Versuch aus, die „Frontkämpfer“ in einer angeblich überparteilichen Organisation zusammenzufassen. Nationalliberale waren die Gründer und der Form nach sieht heute noch ein völkertreuer Kampfmann Selbste an seiner Spitze. Seinerzeit fehlte es nicht an Bemühungen, auch bekannte Sozialdemokraten für den Gründungsatz zu interessieren. Aber die tühle Ablehnung, die der „Kriegerverein auf breiter Grundlage“ bei ihnen fand, wurde ersetzt durch die brünstige Liebe, die alle „Völkischen“ und Konservativen ihm entgegenbrachten. Sie wußten, was man den Sozialdemokraten glauben lassen konnte, daß der „Stahlhelm“ ein nur allzuwilliges Werkzeug der monarchistischen Reaktion sein werde und sein wolle. Bei jeder Gelegenheit, die sich nur ergab, stellte der „Stahlhelm“ seine „Zeitreisenden“ auf. Die Magdeburger haben das Lustspiel dieser Provas während des Rapp-Putschs noch nicht vergessen. Und nicht zuseht der Zorn über das ammassende Auftreten dieser Gläubigen der Schwarz-Weiß-Roten hat gerade in Magdeburg den Gedanken an die Gründung des großen „Bundes republikanischer Kriegsteilnehmer“ entstehen lassen, das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, das binnen Jahresfrist Millionen von Mitgliedern um die Reichsflagge scharte und heute schon allen Reaktionsären ein Scheußel und Greuel geworden ist.

Von der Festung — zur Industriestadt.

Wer die Straßen der „alten Stadt Magdeburg“ prüfend durchwandert, wird schon durch mancherlei an die vernichtende Wirkung jedes Krieges erinnert. Andere Städte gleichen Alters zeigen dem Besucher wohl ein einheitliches architektonisches Bild. Gerade in Mitteldeutschland sind löstliche Proben mittelalterlicher Baukunst erhalten. Nicht weit von Magdeburg zeigen Halberstadt, Goslar, Hildesheim, was die Baumeister früherer Jahrhunderte an Schönheit aus Holz und Stein zu gestalten wußten. Magdeburg aber wurde im Dreißigjährigen Kriege bis auf spärliche Reste niedergebrannt. Von dem, was es einst an häußlichen Reizen besaß, zeugen heute nur wenige Stätten. An Stelle des alten Stadtbildes ist in den Zeiten der damaligen Kriegsnöte und ihrer Nachwirkungen ein neues in gleicher künstlerischer Einheitlichkeit nicht wiedererstand. Aber selbst als die Zeit neuer Blüte kam, blieb Magdeburg in harten Fesseln. Denn es war inzwischen in den Bereich der Hohenzollernherrschaft geraten und blieb bis in die letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts Festung mit all den einschränkenden Wirkungen, die auch viele andere preussische Festungstädte in ihrer Entwicklung gemahnt haben. Aber der Zwang kapitalistischer Ausdehnung, der schon andere Ketten gesprengt hat, als preussische Festungsgürtel, hat auch in Magdeburg die Bahn freigemacht. Von alters her eine der bedeutendsten Umschlagplätze für den Handel vom Osten nach dem Binnenlande, hat die Elbestadt sich inzwischen zu einer der größten Industriestädte entwickelt. Woher auch die Bahn den Besucher bringen mag, überall führt er erst durch Vororte mit rogenden Schloten und massigen Fabrikgebäuden. Weit bekannt wegen seiner Zuckerraffination und Jochorndarben, ist Magdeburg heute auch eine Heimstadt der Eisenindustrie in großem Ausmaß geworden. Diese Industrialisierung hat den politischen und kulturellen Charakter der Stadt nicht unberührt gelassen. Schroffes Herrentum, das keineswegs durch lange Tradition gemildert war, stand hier den proletarischen und Kleinbürgerlichen Schichten gegenüber. Deshalb

war der Klassen Gegensatz wohl nirgends schärfer ausgeprägt als in „des Herregotts Kantsel“, wie die nationalliberalen Philister noch heute die Stadt der kirchlichen Reformation gern nennen hören. Das „Herrentum“ der Industrie- und Handelsgrößen wurde noch ver-

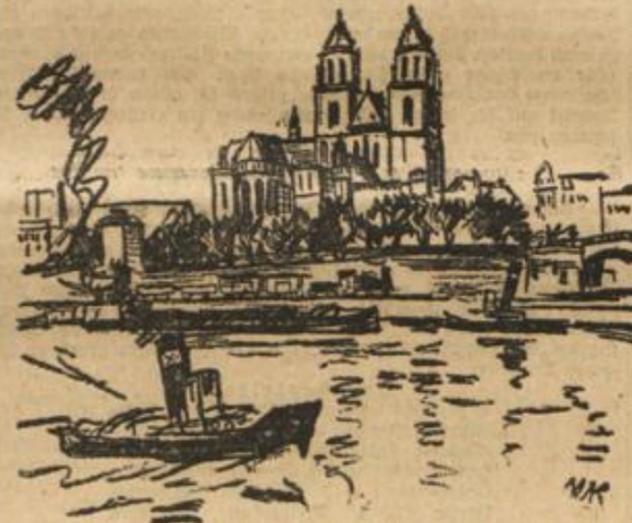


Magdeburg vor der Zerstörung 1631.

größert durch einen Kirchtumsgeist von unzulässiger Beschränktheit. Daß die Revolution eine überragende sozialdemokratische Mehrheit aufs Rathaus sandte und damit einen tatkräftigen sozialdemokratischen Oberbürgermeister an die Spitze der Stadtverwaltung stellte, war den nationalliberalen Kleingeistern ein schmerzlicher Schlag. Sie hatten vor dem Kriege, trotz des Geldhacks, die Stadt fast unbeschränkt beherrscht. Und ihre geistigen Handlanger — zu denen eine Reihe von Jahren auch der jetzige Reichsanwalt des Bürgerblocks gehörte — hatten es verstanden, durch weitere Beschränkung der ohnehin engen Belegschaften die Herrschaft der Fabrikantenpartei noch fester zu stellen. Bis die Revolution und das gleiche Wahlrecht ihre Vormacht endgültig brach...

Das neue Magdeburg

unterscheidet sich vom alten wie ein demokratischer Staat vom mülheimischen Kaiserturn. Die sozialdemokratische Stadterneuerung mehrheitlich berief als städtischen Bauat den Architekten Bruno Taut, dessen farbenfrohe Gestaltung des Stadtbildes den Namen



...agdeburger Dom von der Elbe aus gesehen.

der „hunten Stadt“ bald wieder mit Anerkennung im Lande nennen ließ. Taut selbst hat freilich nicht lange in Magdeburg gewirkt. Das Schwergewicht der Krümmertadition beherrschte noch allzuoft den künstlerischen Schaffensdrang des Erneuerers. Er zog es vor, sich wieder der freien Tätigkeit zuzuwenden, als im Kampfe mit dem Banusentum der Bürokratie und der Schönbürgererei zu zermürben. Aber wer in Magdeburg durch die Straßen schlendert, findet von der Farbenfreude des Künstlers manches Wahrzeichen. Wer das alte unscheinbare Rathaus in seiner grauen Monumentalität gekannt hat und es wieder sieht in der farbigen Neugestaltung, die seine Konturen scharf hervorhebt und unscheinbaren Zierrat ins fröhliche Licht rückt, der ist erstauut über das Schöpfstücken, das hier aus Staub und Grau neu entstanden scheint. Auch das in der Großen Münzstraße gelegene Haus unseres Parteiblattes, der „Vollstimme“, ist in den Grundrissen Schwarz-Rot-Gold „gestaunt“, wie der Volkstanz die Buntnakerei zu nennen pflegt. Wenige Schritte von der „Vollstimme“ zeugt das Haus der städtischen Sparkasse (früher Reichsbankgebäude), wie mit einfachsten Farbenstrichen aus einem alten Gebäude ein vollkommen neuer machtvoller Eindruck erzielt werden kann. Aber nicht nur das Neue ist sehenswert. Der Magdeburger Dom in seiner massigen Gestaltung gehört zu den bedeutendsten Bauwerken deutscher Städte. Auf dem Domplatz fanden früher die militärischen Paraden statt. Seit der Revolution ist er mehr als einmal Zeuge wichtiger Massenumbegungen gewesen und auch das „Reichsbanner“ hat dort schon in riesigen Demonstrationen die Farben des neuen Reiches aufgezeigt.

Die alte Elbe, die der Stadt noch immer Leben und Bedeutung gibt, hat im Laufe der Jahrhunderte viele Geschlechterreihen an ihren Ufern gesehen. Sie wird das leuchtende Schwarz-Rot-Gold des Reichsbannertrages grünen, und nicht vergessen, daß inmitten dieses Farbenbreitlängs das Rot der Sozialdemokratie leuchtet, die in Magdeburg seit Jahrzehnten eine sichere Stütze hat.

Gefährliches Berlin.

Man hat lange und eingehende Studien gemacht, ja selbst persönlich die Einrichtungen fremder Länder in Augenschein genommen, bis man an einer Stelle, am Potsdamer Platz, eine Art von Betriebsmuseum zu Wege brachte.

Das große Problem Alexanderplatz harri schwieriger Lösung, und man braucht gar nicht so weit zu gehen: wer beim Roland unbeschädigt und ohne Herrendoch über die spiegelglatte Autorenstraße in den Tiergarten gelangt, darf von Glück sprechen und sich selbst das Zeugnis von Geistesgegenwart ausstellen. Ganz anders, wenn man in der Gefahr ist, ohne es zu wissen, und ganz besonders tragisch, wenn die Verkehrskatastrophe, gleichbedeutend mit bedauerlichster menschlicher Tragödie, an scheinbar unbelebtem und verkehrslosem Platz vor sich geht. Dann hat alles Vorbauen von Jahren nicht geholfen und man hört nur verwundert sagen: Wie ist es nur möglich? Der Mann hat doch sonst so peinlich acht gegeben. . . . Ja, es ist möglich, und mehr als einmal schon hat der Tod an einer Stelle Menschen hinweggerafft, die sehr freundlich und ruhig aussieht, in Wirklichkeit aber eine Menschenfalle schlimmster Art darstellt. Es gibt einen Platz, den möchte man warnend als das gefährlichste Berlin bezeichnen. Er ist schön, reizvoll und gefährlich wie die Sünde, und ein Warnungsruf ist um so mehr notwendig, als weder die Allgemeinheit noch die Verkehrsregeln von ihm wissen. Lieber Wanderer, vertielet dich dort, wo die Karlstraße unbestimmt und zaghaft in die Kronprinzessbrücke einlenkt, überrollende Schönheit des Stadtbildes zu beschaulichem Verweilen, klammere dich schnell an eins der Brückengeländer an, je nachdem du das prächtige Reichstagswasserbild oder die städtischen Paläste der AEG, des Landratamanns Niederbarnim mit dem repräsentablen Festspieltheater auf der einen Seite, mit dem großzügigen Anblick vom Lehrter Bahnhof, Ausstellungskuppeln und Roobiter Spigen auf der anderen Seite betrachten willst. Diese Linie, beginnend am Bahnhof Friedrichstraße, endend, in den weiten, sechshundert Hufenanlagen am Lehrter Bahnhof, gehört zum Schönsten, was man an Stadtbild in Berlin sehen und erleben kann. Bilde dir aber deswegen nicht ein, es wäre auch ein besonders schöner Tod, was dich dort in Gestalt eines zermalmenden Autorades ereilt. Die Hilt-

Der Apfel der Elisabeth Hoff.

37) Von Wilhelm Hegeler.

„Hier, Papa, den habe ich gefunden.“
 „Am Gottes willen, Kind, das ist ja einer von der allergiftigsten Sorte.“
 „Schade! Die netten sind immer die giftigen!“
 Sie gab schüchtern und zutraulich Elisabeth und Rysed die Hand und ließ sich, ihr kurzes Röschchen, so gut es ging, herunterziehend, neben ihrem Vater nieder.
 Dieser berichtete ihr, wer die Fremden wären, und erzählte in behaglicher Breite das Mißgeschick mit seiner Zigarre. Dabei machte er Rysed, in der Annahme offenbar, daß Elisabeth kein Deutsch verstände, darauf aufmerksam, daß seine Frau achtgeben müsse, ihre zarten Schuhe nicht am Feuer zu verbrennen.
 Elisabeth zog ihren Fuß zurück und sagte lächelnd, seine Tochter sei in derselben Gefahr.
 „D, mit unseren Oderlähnen ist es nicht so ängstlich. Außerdem haben wir sie tüchtig in den Pfügen eingeweicht, geht Esther?“
 Das junge Mädchen versuchte vergeblich, ihre unförmigen Schuhe unter dem Röschchen zu verbergen. Als sie sah, daß die Augen der Fremden sich unwillkürlich darauf richteten, stieg in ihre bleich getönten Wangen eine feine Rote bis hinauf zu den langen Wimpern, die sie über ihre schwarzen Augen niedergeschlagen hatte.
 Wertwürdig, dachte Elisabeth, trotz dem ungestalteten Schuhzeug hatte sie doch die Vorstellung, daß darunter ein feiner ebenmäßiger Fuß sitzen müsse, und sie fühlte, daß Rysed dieselbe Vorstellung hatte. Dieser, eben noch bis an die Grenze der Unhöflichkeit zurückhaltend, blickte mit unverhohlenen Wohlgefallen die tierliche Schöne an und meinte lächelnd, sie hätte an dem reichen Pilzporrat wohl nur einen geringen Anteil, sondern sich lieber mit Blumenpflücken abgegeben. Sie nickte und zeigte ihm unter den Leberblümchen ein kleines Bünd Weilschen. Dabei im Garten seien sie schon längst abgeblüht, aber an schattigen Waldstellen gäbe es noch welche. Ob es auch in Amerika Weilschen gäbe?

geffen schien, glitt durch diese ein seltsames Gefühl, nicht Eifersucht, nein . . . aber etwas wie ein leises Erschrecken. Sie mußte sich vorstellen, daß das, woron zu denken, was im Ernst zu erwägen sie immer vermieden hatte, dennoch eintreten könnte: sie ließ sich von ihrem Mann scheiden, begann ein neues Leben mit dem Freund — in diesem Augenblick fragte sie sich voll Angst, ob sie dem auch gewachsen sein würde? Ob sie die Schwungkraft besaß, ihr Blick täglich neu zu erkämpfen, die Veilichkeit, um unter seinen wechselnden Stimmungen nicht zu leiden, um nicht immer fürchten zu müssen, was sich vielleicht nie ereignete?
 Es war, als wenn sie unermutet in einen bisher nicht bekannten Bezirk ihres Innern getreten wäre, wo das in Klarheit und Ordnung sich zeigte, was in den gewohnten Räumen ihres Bewußtseins sich kaum verhüllt angedeutet hatte.
 Noch ging die Unterhaltung so fort, als von weitem die Kinder mit lautem Geschrei angelauten kamen. Einen Augenblick sah Elisabeth eine etwas peinliche Szene und verlegene Erklärungen voraus, wenn sich herausstellte, daß sie gar nicht Ryseds Frau war. Diesem mochte derselbe Gedanke gekommen sein. Während der Pastor seine Freude äußerte, die Kinder begrüßen zu können sprang er auf und stapfte ihnen eilig entgegen. Er hatte kaum ein paar Worte mit ihnen gesprochen, als sie sich umdrehten und ebenso rasch, wie sie gekommen waren, wieder davonsiefen.
 „Eine wilde kleine Gesellschaft! Nicht zu halten — Aber nun wollen wir Ihre Zeit auch nicht länger in Anspruch nehmen.“
 Nachdem er noch versprochen hatte, bei der Rückfahrt im Pfarrhaus anzuhalten, wünschte er den beiden weiter guten Erfolg bei ihrem Pilzammeln und hatte sie, ehe sie sich's verfahren, auf ebenso höfliche wie unwiderstehliche Art verabschiedet.
 Als sie fort waren, blinzelte er Elisabeth mit seinem durchtriebenen Lächeln an.
 „Von Pastors wegen sind Sie nun meine Frau. Was meinen Sie, Kinder und Narren sagen die Wahrheit! Aber Sie haben zu reizend aus mit dem bishen bösen Gewissen bei diesem Abenteuer.“

des Gasthofes mit sich zu bringen. Als das elegante Auto hielt, kam etwas Bewegung in seine ungeschlachten Glieder. Er eilte herbei, den Schlag zu öffnen. Elisabeth fragte gleich nach der Schwester. Das gnädige Fräulein sei noch nicht angekommen. Von einem Brief oder einem Telegramm war dem Wirt nichts bekannt. Ein Zug traf erst wieder am nächsten Morgen ein.
 Rysed versuchte zu trösten. Auf seinen Wunsch versprach der Wirt, an die anderen Gasthäuser zu telephonieren. Vielleicht war ein Irrtum passiert und Margret anderswo abgestiegen.
 Der Wirt führte die Gäste hinauf. Für Elisabeth und die Kinder war das Staatszimmer eingerichtet. Zwei mächtige Betten standen nebeneinander. Der imitierte Gobelin dahinter zeigte ein ruhendes Liebespaar und einen Amor, der die Fackel löschte. Ein drittes kleineres Bett stand in einer Ecke. Der Herr sei nebenan untergebracht. Wenn man die Verbindungstür öffnen wollte, brauchte man drüben nur den Riegel zurückzuschieben.
 Nachdem Elisabeth sich selbst und die Kinder ein wenig gefäubern hatte, begab sie sich hinunter. In dem „Privatzimmer“, das für die Fremden reserviert war, stand der Tisch schon sauber gedeckt. Elisabeth fühlte ein leises Erschrecken, als hinge in der Luft noch etwas anderes, als der kaum merklliche Geruch von Wein und Zigarren. In diesem Zimmer hatten Rysed und Hellborn um sie gewürfelt.
 Rysed hatte den Wirt schon ins Verhör genommen. Er wollte anfangs nicht recht mit der Sprache heraus. Bewußt der Förster von Hellborn, oder, wie er allgemein hieß, Schmundt, war ihm bekannt. Aber nur oberflächlich. Er ließ sich selten im Gasthaus sehen, zeigte sich überhaupt kaum im Städtchen. Er war nicht beliebt, nein, ganz im Gegenteil. Vor ein paar Jahren war er in eine dunkle Geschichte verwickelt gewesen, hatte zwei Arbeiter, Vater und Sohn, beim Holzdiebstahl getroffen und den Alten niedergeschossen. Er war freigesprochen worden wegen Notwehr. Aber die öffentliche Meinung war gegen ihn. Er ging auch gar zu scharf vor. Allerdings mußte man zugeben, das Holzstehlen stand hier im Schwange, wie nicht leicht irgendwo anders. Die Herrschaften würden das ja selbst morgen konstatieren, bei ihrem Spaziergang. Im Staatsforst natürlich nur. Den zum Rittergut gehörigen Wald ließ man hüßlich in Ruhe. Das war das Verdienst Schmundts. Aber, wie gefagt, ein ungemüßlicher Mann. Die Leute hatten einen Spotzvers auf ihn gemacht: „Schlau wie ein Fuchs und grob wie 'ne Sau, das ist der Förster von Ruprechtsau.“

(Fortsetzung folgt.)

losigkeit dem Verkehr gegenüber spottet vor dem Bessingtheater jeder Beschreibung. Die Straßen treffen in einem spitzwinkligen Wirrwarr aufeinander, jede Ueberricht ist genommen, jede Möglichkeit suchartiger Rettung verlagert. In der Mitte steht wohl ein Randelaber, aber während hier der Sitz des Wasserfisches ist, scheint die Verkehrspolizei den Schutz vor Autos den Spreemotorbooten überlassen zu wollen. Eine Verkehrspolizei ist tagsüber nicht zu sehen, und wer nachts nicht im Bessingtheater etwas zu tun hat, der hütet sich um diese Zeit selbst vor Beobachtung. Man kann kaum vorübergehen, ohne Renken in Verwirrung und Lebensgefahr zu erblicken. Vor kurzem erlebte man, wie ein Vater von sieben Kindern tödlich überfahren wurde, eine alte Frau tippelte ängstlich hin und her, bis sie die rettende Brücke erreicht hatte und brach dort tot zusammen. Mühelos ließe sich aus den Unfallsberichten für diesen Platz eine eigene Chronik aufstellen — aber wer beschäftigt sich denn damit? Man darf nicht ungerade sein, vielleicht trägt man in der Verkehrspolizei schon Material zusammen. . . . Gehst du weiter, lieber Wanderer, dann kommst du an eine lange Brücke, die für den Wagenverkehr gesperrt ist. Gottlob, denkst du dir — und schleichst doch ängstlich dahin. Links und rechts sind die großen Steinplatten der Fußgängersteige aufrecht als Geländer gestellt, denn die gewaltige Stein- und Eisenbrüstung neigt sich noch gewaltiger und ist zum Teil schon geborsten und eingestürzt. Das dauert nun schon seit vielen, vielen Monaten und, wohlwemert: hier ist eine Hauptverkehrsader zum Lehrter Bahnhof, und es ist kein Wunder, daß die Fahrzeuge an der Kronprinzenbrücke Lätze, Wendungen und Sprünge vollführen, die auch einen storknervigen Menschen mit Bangen erfüllen.

Es ist hier schönes, aber auch gefährliches Berlin. Sieh es nicht persönlich an — oder, wenn schon, dann nur im Kino, wo es doch in kurzer Zeit der Allgemeinheit als ganz besonderes Kuriosum gezeigt werden dürfte.

Die Barmat-Untersuchung im Rathaus. Ein kommunistischer Reinfall.

Als der sehr ehrenwerte Stadtordnerte Stoll, der sich neuerdings so außerordentlich um die „Reinigung“ der öffentlichen Sitten und die Aufrechterhaltung einer guten Moral auch im Rathaus bemüht, seine „Barmat-Enttüllungen“ in der Berliner Stadtverordnetenversammlung losließ, wurde durch einstimmigen Beschluß ein Untersuchungsausschuß von 17 Mitgliedern eingesetzt.

Dieser Ausschuß hat gestern getagt und alle Beteiligten vernommen. Er hat zum Schluß den kommunistischen Antrag, der in Form einer Feststellung die beiden sozialdemokratischen Stadtordnerte Heitmann und Löwen treffen sollte, abgelehnt und auf Antrag Dehlesien (Dnall.) beschlossen, lediglich einen Bericht an das Plenum zu erstatten. Ein Antrag des Volksparteilers Dr. Kundt, festzustellen, daß die von Stoll angepöbelten beiden sozialdemokratischen Stadtordnerte vollkommen inaktive bei dieser Untersuchung herorgegangen seien, wurde aus dem rein formalen Grunde nicht zur Abstimmung gebracht, weil der Ausschuß sich zur Abgabe eines Werturteils nicht für befugt hielt. Es war aber kein Zweifel, daß eine solche Feststellung sonst einstimmig mit den Stimmen aller Anwesenden, mit Ausnahme des kommunistischen Vertreters, erfolgt wäre. Der Berichterstatter ist besonders beauftragt, darauf hinzuweisen, daß die Kaufmännische Stadtbank in jeder Weise korrekt getätigt sei und korrekt gehandelt habe. Für die Deffenzität ist aber folgendes noch von Interesse: Nach Erledigung der Geschäftsordnungsdebatte zu Anfang der sachlichen Beratungen erklärte der Rämmerer: Keine städtische Bank und keine städtische Gesellschaft hat jemals mit den Gebrüdern Barmat oder einer dem Barmat-Konzern angehörenden Gesellschaft Geschäfte gemacht. Mit einer Ausnahme: eine jezt zum Barmat-Konzern gehörige Gesellschaft hat vor ihrem Eintritt in den Konzern von der Ökonomie einen Kredit von 300 000 Mark erhalten, der durch Goldhypothek in absolut sicherer Form auch heute noch gedeckt ist. Auf die Frage, ob Stadtverordnete dieses Geschäft empfohlen hätten, erklärte der Rämmerer, daß kein einziger Stadtverordneter weder empfehlend noch mitwirkend dabei beteiligt gewesen sei. Im übrigen aber sei ihm die Mitwirkung von Stadtverordneten bei allen Kreditgeschäften der Stadt gerade in der schwersten Zeit städtischer Not außerordentlich willkommen gewesen. Die städtische Wirtschaft hätte sich ohne diese Mitwirkung vielleicht überhaupt nicht aufrecht erhalten lassen können. Hierbei seien Stadtverordnete aller Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten, erfreulicherweise bereit gewesen, ihre Kenntnisse über wirtschaftliche Verhältnisse in den Dienst der Stadt, d. h. in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Sowohl Kredite der Stadt als auch Anlagegelegenheiten seien fortgesetzt durch Stadtverordnete aller Parteien vermittelt worden, und der Rämmerer habe nicht geglaubt, sich die Namen der Vermittelnden jeweils notieren zu müssen. Insbesondere habe der damals noch ehrenamtlich als Stadtrat tätige, jeztige Stadtordnerte Stoll ihn erwidert, falls der Rämmerer bei seinen Beziehungen zu den D-Banken auf Schwierigkeiten stoßen sollte, sich an ihn zu wenden, da er bei seinen Beziehungen zu anderen Finanzinstituten sehr wohl in der Lage wäre, der Stadt andere günstige Kredit- und Anlagemöglichkeiten zu vermitteln.

Man kann sich denken, daß gerade diese Feststellungen des Rämmerers mit lebhaftem „Hört, hört“ von den Untersuchungsrätern der Stadtverordnetenversammlung begrüßt wurden. Eine deutlichere Zurückweisung der widerlichen Heuchelei, mit der die Kommunisten ihre Hege gegen die Sozialdemokratie betreiben, läßt sich kaum denken. Im übrigen kann man nach diesem Ergebnis den Bericht im Plenum der Stadtverordnetenversammlung wohl ruhig abwarten; er wird mit den Verteilungen der Kommunisten gründlich aufträmen.

Die Vorgänge bei der Poststelle Tiergarten.

In dem Prozeß wegen der Vorgänge bei der Poststelle Tiergarten konnte durch Teilgehändnisse der Beamten die Beweisannahme wesentlich eingeschränkt werden. Das Gericht wird sich morgen erst schlüssig werden, ob die Verführung des Reglerungsrats Bartels notwendig sein wird. Auch der Angeklagte Feldmann, der übrigens gegenwärtig eine ihm in Ostpreußen wegen Urkundenfälschung zudisponierte Zuchthausstrafe verbüßt, gab zu, daß er gefündigt habe und wisse, daß er seine Beziehungen zu hüben hätte. Er müsse aber bestreiten, daß er die Beamten bestochen habe. — Der Vorliegende hält dem Angeklagten vor, daß sein Geschäft sehr gebüßt habe, er habe 3 möblierte Zimmer am Kurfürstendamm bewohnt und auf großem Fuße gelebt. Kriminalkommissar Gennat erklärt auf Befragen der Verteidigung, daß er nicht glaube, daß die Beamten große Vergütungen bekommen haben. Landgerichtsdirektor Dr. Lehmann verweist dem gegenüber darauf, daß Feldmann meistens 12 Dollar für jeden Post bekommen habe. Das sei zu der damaligen Zeit ein so großer Betrag gewesen, daß man halb Berlin aufkaufen konnte. Andererseits hätten damals die Beamtengehälter nicht mehr als 30 Goldmark ausgemacht. Junge Gennat gibt zu, daß die Beamten, wenn sie zu den Poststellen kamen, daß wirtschaftlich besser gestanden und sich häufig zur Behr gefügt hätten, wenn sie von der Poststelle verfehrt werden sollten. Es wurden dann mehrere Einzelfälle erörtert. Ein Zeuge befandete, daß er einen Auslandspost brauchte, weil ihm sein Post infolge unerlaubter Ausfuhr abgenommen worden war. Im Viktoriasaal habe er einen Unbekannten kennen gelernt, der ihm versprach, gegen 5 Dollar einen neuen Post zu verschaffen. Er habe nur nötig gehabt seine Photographie auszuhandeln und nach 2 Tagen schon sei er im Besitz des Postes gewesen. Interessanter war der nächste Fall, bei dem es sich um einen Ausländer handelte, der in Berlin angeblich als Vertreter einer amerikanischen Firma Handelsgeschäfte betrieb. Der Zeuge war zu derartigen Sitzung nicht erschienen und wurde in eine Strafe von 100 Mark genommen, außerdem wurde er auf Befehl des Gerichts

durch einen Schupobeamten aus seiner Wohnung zwangsweise vorgeführt. Er will einen richtigen Post gehabt haben und in mehreren Fällen nur bei dringenden Anlässen durch Vermittlung eines gewissen Gebrüdermann ein eiliges Bism durch die Vermittlung von Schulz bekommen haben. Schulz war damals bei der Auslandspoststelle tätig. Ran hat bei der Hausdurchsuchung bei ihm einen Brief des Zeugen gefunden, daß er für die Gefälligkeit etwas bezahlt habe. Schulz habe nur das Auto erjezt erhalten, wenn er ihn spät abends den visierten Post nach Friedenau in seine Wohnung gebracht habe. Der Sachverständige, Polizeioberinspektor Krockow erklärte dazu, daß er während der 6 Jahre, die er bei der Poststelle beschäftigt war, niemals angerufen worden sei, jemanden seinen Post in die Wohnung zu bringen, wohl aber sei er oft in das Dienstgebäude beordert worden, sogar am Sonntag, wenn es sich um die Erledigung von Pässen handelte, für die wirtschaftliche Eile geboten war. Die Verhandlung wurde dann auf Sonnabend früh vertagt.

Gegen die Erhöhung der Hochbahntarife. Keine zwingende wirtschaftliche Notwendigkeit.

Der Magistrat der Stadt Berlin hat sich am Freitag ausführlich mit der von der Hochbahngesellschaft beabsichtigten Tarifierhöhung eingehend beschäftigt und ist zu dem Beschluß gekommen, daß die Stadt Berlin, die ja bekanntlich an der Hochbahn ebenso wie an den anderen Verkehrsunternehmungen beteiligt ist, der geplanten Heraufsetzung der Fahrpreise nicht zustimmen könne. Ebenso hat das Polizeipräsidium seine Zustimmung abgelehnt. Darüber hinaus erfahren wir, daß sowohl die maßgebenden Stellen im Handelsministerium wie auch im Ministerium des Innern ihre Zustimmung verjagen werden.

Die einmütige ablehnende Haltung aller in Frage kommenden Stellen gründet sich darauf, daß eine wirtschaftliche zwingende Notwendigkeit für die Hochbahn nicht besteht, die Tarifschraube anzuziehen. Gleichwohl hat der Magistrat der Stadt Berlin die Hochbahndirektion noch einmal aufgefordert, ihm genaue Unterlagen über den Stand des Unternehmens einzureichen. Der Magistrat ging ebenso wie andere Stellen bei seinem ablehnenden Beschluß davon aus, daß die wirtschaftliche Lage der Hochbahn eine derartige sei, daß das Unternehmen sehr wohl ohne die Fahrpreiserhöhung auszukommen vermag. Wenn die Hochbahn ihre Tarifierhöhung damit begründet, daß im verflochtenen Jahre die Gehälter um 55 Proz. gestiegen seien, so ist dem entgegenzuhalten, daß bei der Straßenbahn und bei der Omnibusgesellschaft die Löhne jaft um 75 Proz. aufgebessert worden sind, ohne daß diese Unternehmungen eine Fahrpreiserhöhung verlangt oder Zweifel an der weiteren Wirtschaftlichkeit der Betriebe ausgesprochen haben. Vielmehr ist es eine bekannte Tatsache, daß gerade alle Verkehrsunternehmungen im verflochtenen Jahre außerordentlich gut abgeklaffen, daß sie sogar weit über den ursprünglich geplanten Rahmen hinaus Neubeschaffungen und Abfahrungen vornehmen konnten. Die Tarifierhöhung der Hochbahn würde, wenn sie Erfolg hätte, zweifellos auch eine Preiserhöhung bei der Straßenbahn und der Omnibusgesellschaft nach sich ziehen und eine allgemeine Heraufschraubung der Fahrgehalte mühte zwangsläufig auf der ganzen Linie zu Lohnforderungen aller Arbeitnehmer führen. Diese wirtschaftlichen Bedenken werden auch in den maßgebenden Ministerien geteilt und man ist auch dort der Ansicht, daß die verteuerte Fahrgelegenheit durchaus nicht im Sinne eines Preisabbaus liegt. Da zudem die Wirtschaftslage der Hochbahn durchaus gesund ist, dürfte dem geplanten Angriff auf die jeztige Fahrpreislage ein Gelingen kaum beschieden sein.

Auch ein „Stellenvermittler“.

Auf welche Art und Weise den Arbeitssuchenden, die mit großer Entbehrung zur Erlangung einer Stellung ersparten Groschen aus der Tasche gezogen werden, kam in der Verhandlung gegen den gewerkschaftlichen Stellenvermittler Heinrich Kreuzner, Berlin, Hannoversche Str. 2, vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte zum Ausdruck. Kreuzner unterhält eine Informationsabteilung sowie den Berlog von Chauffeurnachrichten des Reichswirtschaftsbundes der Kraftfahrzeugbesitzer. In den Zeitungen erließ er folgende Annonce:

Kutobegleiter.

Stellungen allerorts, Gelegenheits Autofahren kostenlos erlernen, Gehalt, Verpflegung, später Führerschein durch Informationsabteilung, Chauffeurnachrichten, Autobesitzer. — Reichswirtschaftsbund, Berlin NW 6, Freiprojekt, Rückporto.

Auf diese Annonce meldete sich eine ganze Anzahl Arbeitssuchender. Sie wurden aufgefordert, 6 Mark einzupayenden und erhielten dafür ein wertvolles Informationsblatt, aber keine Stellung, worauf es in der Hauptsache doch ankam. Die andauernd einlaufenden Beschwerden beim Landesoberstaatsanwalt, sowie bei anderen Behörden gaben Veranlassung, gegen Kreuzner vorzugehen. In der Verhandlung kam zum Ausdruck, daß durch dieses Vorgehen Kreuzners fast in allen Teilen Deutschlands die Vermögen der Armen geprellt wurden. Die in den Annoncenblättern des Herrn Kreuzner aufgeführten Stellen erwiesen sich auch als wertlos, da sie schon zum größten Teil längere Zeit besetzt waren, wenn der Bewerber sich dortin meldete. In dem besonderen Falle eines Chauffeurs wurde erwiesen, daß der betreffende Arbeitgeber dem Kreuzner gar keinen Auftrag übergeben hatte. Kreuzner wurde wegen fortgesetzten Betruges zu 500 Mk., wegen Vergehen in zwei weiteren Fällen zu 50 Mk. und 20 Mk., insgesamt 570 Mark Geldstrafe verurteilt.

Einbruch auf Bestellung.

Auf nicht alltägliche Beweggründe war ein Einbruch zurückzuführen, der in der Berufungsinstanz das Landgericht I beschäftigt. Aus Rache gegen seinen Feind hatte der Kaufmann Alfons Eichstädt eine Einbrecherbande zusammengestellt, um seinem Gegner Schaden zuzufügen und ihn zur Flucht zu bringen. Eichstädt wohnte in der Simpsonstraße 37. Neben seiner Wohnung, nur durch einen Korridor getrennt, befand sich das Lebensmittelgeschäft des Kauf-

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 21. Februar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4 Uhr nachm.: Hans-Brodow-Schule. (Abteilung Bildungskurse). Sprachunterricht: Direktor Jul. Glöck: „Esperanto“. 4.30—6 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). 6.40 Uhr abends: Vortrag Dr. v. Walck: „Biochemie und Vitamine“. (Einleitende Worte: Sanitätsrat Dr. Frank). 7—7.55 Uhr abends: Hans-Brodow-Schule. (Abteilung Hochschulcourse). 7 Uhr abends: Dr. Franz Leppmann: „Deutsche Lyrik von Hölderlin bis Werfel“. 1. Vortrag: „Hölderlin, Novalis, Brentano“. 7.55 Uhr abends: Dr. Gustav Leitchner: „Über die Empfangstechnik der drahtlosen Telegraphie und Telephonie“. 8.30 Uhr abends: Balladenabend. 1. Aus dem Persischen von Ad. Friedr. v. Schack: a) Die Königstochter Tehmine und Rastam, der Held, Abdul Kaim Mansur, gen. Firdusi (940—1020). b) Die Geschichte des Sängers Barbad. c) Die Piraten (Serbisches Volkslied aus Gerhard Wila“) (Ralf Ebersperg, Rezitation). 2. a) Der Nöck (Kopisch) Löwe, b) Tom der Reimer (Fontana) Löwe, c) Prinz Eugen (Freiligrath) Löwe (Kammersänger Cornelis Bronzgeest), 3. a) Die Madonna der Ehe. A. de Nora, b) Die Madonna des Zuchthauses. A. de Nora (Ralf Ebersperg). 4. a) Der Mohrenfürst auf der Meese (Freiligrath) Löwe, b) Der seltsame Beter (Fitzan) Löwe, c) Graf Eberstein (Umland) Löwe (Kammersänger Cornelis Bronzgeest, Bariton). 5. a) Der Teufel und die Maskanten, Busse-Palma, b) Des hl. Antonius Fischpredigt, Abraham a Santa Clara (1643—1709) (Ralf Ebersperg). Am Flügel: Clemens Schmalstieg. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitensage, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theaterdienst. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik.

manns Adamat. Von dem Korridor ging eine Tür in den Laden, die eine große Glasscheibe hatte. Adamat und Eichstädt waren verurteilt. Nach einem heftigen Auftritt brütete Eichstädt Rache. Er listete seinen Reissenden Willi Ehmer an, bei Adamat einen Einbruch in die Wege zu leiten. Ehmer ward nun eine ganze Bande an. Berabredetermaßen hatte Eichstädt die Haustür in der Nacht, in der der Einbruch stattfinden sollte, offen gelassen, auch die Korridortür zu seiner Wohnung hatte er nur eingeklinkt, so daß sie leicht mit dem Dietrich geöffnet werden konnte. In einer Dezembernacht rücte die Einbrecherbande an und hatten auch einen Wagen zur Wegschaffung der Diebesbeute mitgebracht. Unter den gegebenen Umständen war es leicht, in die Wohnung einzudringen. Eichstädt verhielt sich in seiner eigenen Wohnung mäusehstill, als die Diebe an der Arbeit waren. Diese drückten die Glasscheibe ein, erbrachen dann die Tür zum Lagerraum und schleppten sofort an Borräten, Margarinekübeln und Kaffeekübeln hinaus, als der Wagen saffen konnte. Vorsorglich hatten sie die Signalleitung, dank der ihnen von Eichstädt gegebenen Informationen, durchgeschnitten. Erst nach Jahr und Tag gelang es, das Komplott aufzudecken und Eichstädt als die treibende Kraft zu ermitteln. Das Schöffengericht hatte sehr schwere Strafen verhängt. In der Berufungsinstanz billigte das Gericht Eichstädt jedoch trotz der gemeinen Motive, aus denen die Tat entsprungen war, mildernde Umstände zu. Eichstädt hatte sich übrigens nicht bloß mit der Rührung seiner Rache begnügt, sondern auch seinen Anteil an der Diebesbeute in Anspruch genommen. Deshalb wurde er wegen gemeinschaftlichen schweren Diebstahls zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die übrigen Beteiligten erhielten Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu 1½ Jahren.

Die Molkereiausstellung in Berlin.

Seit dem Jahre 1903 hat das Milch- und Molkereigewerbe trotz seiner großen volkswirtschaftlichen Bedeutung keinerlei Bodemesse mehr veranstaltet. Inzwischen hat sich in der Geminnung und den Verwertungsbedingungen der Milch ein durchgreifender Wandel vollzogen. Um dem Landwirt und Kuhhalter einen Ueberblick über die neuesten Errungenschaften der Technik, die gerade auf diesem Gebiet aufs engste mit dem Fortschreiten der Wissenschaft verknüpft ist, zu geben, haben sich verschiedene Interessentverbände zusammengesetzt, um eine fachgewerbliche Ausstellung zu veranstalten. Dank der Unterstützung der staatlichen und städtischen Behörden wird aber die geplante Messe, die in der Zeit vom 28. Februar bis 8. März in der 12 000 Quadratmeter großen Fleischgroßhalle, Landsberger Allee 116/117 stattfinden, eine Bedeutung weit über den Rahmen einer Jahrmesse hinaus erhalten und in hervorragender Weise auch dem breiten Publikum Interessantes zu bieten vermögen.

Auf der Ausstellung wird ein kompletter Rasterstall aufgebaut, der etwa 40 Rasterlinder der tierärztlichen Hochschule herbergt und in dem sämtliche Neuerungen auf dem Gebiete der hygienischen und praktischen Stallrichtungen, Fütterungsvorrichtungen usw. enthält. Die verschiedenen Reifestechniken von dem primitiven Handbetrieb bis zum pneumatischen Reifapparat werden praktisch vorgeführt werden. Vorträge der Professoren Bongert und Stang von der tierärztlichen Hochschule werden im Verein mit einer Anzahl von Fämen die Wichtigkeit und Bedeutung der hygienischen Milchgewinnung und die Mittel zur Erhöhung der Milchleistung der Kühe und zur Erzielung besonders vitaminreicher Milch schildern. Das Auguste-Viktoria-Haus wird mit einer Sonderchau auf der Ausstellung vertreten sein. Diese wird alles umfassen, was zur planmäßigen Pflege und Ernährung des Säuglings und Kleinkindes gehört. Auf der Ausstellung wird ferner ein großer Wettbewerb für Milch- und Käseerzeugnisse stattfinden, für den seitens der Behörden eine große Anzahl von Medaillen und Ehren diplomen zur Verfügung gestellt worden sind. Abgesehen von der tierärztlichen Hochschule und dem Auguste-Viktoria-Haus sind an der Ausstellung u. a. noch das Haupternährungsamt und das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin, das Pestalozzi-Fröbelhaus, die Landwirtschaftskammer von Berlin und Brandenburg sowie das Reichsernährungsministerium beteiligt.

Sittlichkeitsprozeß gegen eine Lehrerin.

Vor dem Schöffengericht Bankow wurde gestern gegen die 53jährige Lehrerin Helene St. aus Niederhöhnhausen verhandelt, die angeklagt war, den 14jährigen Otto D. zu unzüchtigen Handlungen verleitet zu haben. Der medizinische Sachverständige, Dr. Magnus Hirschfeld, bezeichnete die Angeklagte als ein physisch und psychisch infantile Persönlichkeit und sprach sich für die äußerst verminderte Zurechnungsfähigkeit aus. Auch der Staatsanwalt ließ mildernde Umstände gelten und erklärte sogar, daß die Angeklagte den Einbruch mache, als gehörte sie eigentlich vor das Jugendgericht. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Niemann versuchte den Nachweis zu führen, daß der Junge vor den unter Anklage stehenden Handlungen schon das 14. Lebensjahr erreicht hatte, und daß die Angeklagte zu ihm nicht im Verhältnis einer Lehrerin gestanden habe. Das Gericht erkannte in seinem Urteil an, daß es sich in diesem Falle um eine Persönlichkeit handelte, die auf einer kindlichen Entwicklungsstufe stehen geblieben sei. Das Urteil lautete auf acht Monate Gefängnis unter Anrechnung von sechs Wochen Untersuchungshaft und Jubilierung einer Bewährungsfrist nach Verbüßung weiterer sechs Wochen Gefängnis. Die Verurteilte verzichtete auf Berufung.

Schwere Anschuldigungen gegen einen Lehrer.

Großartig unmenslichen Züchtigungen an Schülern scheint man gestern durch eine Verhandlung vor dem Potsdamer Amtsgericht auf die Spur gekommen zu sein. Weil er seine beiden sieben- und achtjährigen Söhne, Hans und Alfred, dem Schulunterricht in der Schule zu Sakrow mehrere Male ferngehalten hat, erhielt der Arbeiter Peiau aus Sakrow eine Strafverfügung, gegen die er vor dem Potsdamer Gericht Einscheidung forderte. Der Angeklagte, der eine trante Frau und eine zahlreiche Kinderfamilie besitzt, ergab mit Tränen in den Augen, daß er seine Jungen deswegen nicht zur Schule im November geschickt habe, weil sie von dem Lehrer Salze trant geschlagen worden seien. Die Körper der Knaben sollen nach den Angaben des Vaters braun und blau von Schlägen und mit Striemen überdeckt gewesen sein. Nicht genug damit, waren die Ohrmuscheln der Kinder, Lippen und Gesicht manchmal bis aufgelaufen, da der Lehrer mit Stock und Fäusteln wühlte auf die Kinder eingeschlagen haben soll. So kam so weit, daß eines der Kinder aus der Schule ausrückte und jämmernd durch Sakrow lief. Als Zeugen waren sowohl der betreffende Lehrer als auch die beiden Knaben geladen. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Westphal, nahm die Knaben zu sich auf das Richterpodium und unterhielt sich in väterlicher Weise erst harmlos mit ihnen über dies und jenes. Die Kinder sprangen zurauf und um den Richter herum und erzählten dann, wie sehr der Lehrer sie immer und immer wieder mißhandelt habe. Die Bekundungen der Kinder und der Familienmitglieder schienen so echt und wahr, daß das Gericht von einer Bernöhmung des Lehrers abließ, die Sache aussehte und die Akten sofort der Staatsanwaltschaft überwies, damit diese gegen den Lehrer Salze wegen gefährlicher Körperverletzung die nötigen Schritte unternehmen kann.

Die halbierte Drohsche. Gegen 1 Uhr nachts wurde an der Ecke der Kleingärtner- und Ananenstraße in Charlottenburg die Verbedrohte Nr. 31 durch ein Verbrechen angefallen. Der Hausmeister war bereit, daß die Drohsche in der Mitte auseinanderbrach. Der Knacker stürzte vom Dach und das Pferd kam zu Fall, doch sind beide unverletzt davongekommen. Der schuldige Chauffeur stendete zwar das Erkennungszeichen ab und raste davon, doch war bereits die Nummer seines Wagens erkannt, so daß er zur Verantwortung gezogen werden kann.

Der Vorbereitungsunterricht in der Schule No. 3 (für die Jugendberufshilfe im Großen Schauspielhaus) ist von Donnerstags auf Sonnabends verlegt worden und findet jeden Sonnabend von 3—5 Uhr im Zimmer 3 statt.

Einbruch bei einem persischen Konsulatssekretär.

Von Sonntag-Nachmittag-Einbrechern wurde der Konsulatssekretär Val Gahlang, der in einem Pensionat am Kurfürstendamm wohnt, heimgeführt. Der Sekretär ging am vergangenen Sonntag nachmittag um 4 Uhr mit seiner Gattin aus. Als das Ehepaar um 8 Uhr abends heimkehrte, entdeckte es alsbald, daß Einbrecher in der Zwischenzeit dagewesen waren. Sie hatten unbemerkt die Tür zu den Wohnräumen aufgeschlossen, aus einem Schrank mehrere Kuffenöffner, die verschlossen waren, herausgenommen, mit einem Messer aufgeschnitten und ihres Inhaltes beraubt. Den Diebstahl, die unbemerkt wieder entkommen waren, fielen für 8000 Mark Schmuckstücke und Kleidungsstücke in die Hände. Für die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Ermittlungen an Kriminaloberinspektor Pennat im Zimmer 106 des Polizeipräsidiums.

Schaufestreden. Am Ruffklub an die vom Verbandsamt Berlin-West (Verwaltungsbezirk Charlottenburg, Spanden und Tiergarten) veranstalteten Berufsständigen Vorrede findet in den Räumen und im Ruffklub Saal des Charlottenburger Rathauses in der Zeit vom 22. Februar bis 8. März eine Ausstellung von Redlingsarbeiten statt. Die Ausstellung wird am Sonntag, den 22. Februar, vormittags 11 Uhr, eröffnet. Am Sonntag, den 1. März, nachmittags 3 Uhr, findet ein Schaufestreden statt. Die besten Arbeiten werden prämiert. Der Besuch der Veranstaltungen ist kostenlos.

Konferenz des Leipziger Gewandhausquartetts. Am Freitag, den 27. Februar, wird das Leipziger Gewandhausquartett, das vor kurzem von einer sehr erfolgreichen Konzertreise durch 16 spanische Städte zurückgekehrt ist, in der Sinaakademie ein Konzert für die Deutsche Kammermusik. Das bekannte Quartett hat seit einem Jahr nicht in Berlin gespielt. Der Kartenverkauf hat begonnen.

Die Juristische Sprechstunde fällt heute (Sonntag) aus.

Dartheinrichtungen für Groß-Berlin

Einrichtungen für diese Reichst. sind in den Bezirksstellen. Berlin S 23. 63. Lindenstraße 2. Seite 2. Kreis rechts zu richten.

Heute, Sonntag, den 21. Februar:
12. Uhr. Die Reichst. werden arbeiten. Am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, bei Wolf bis Handarbeit für die Reichst.versammlung abzuholen. **Vorlesungen.** 8 Uhr im Lokal Kullowall, Hennickestraße 10, Monatsversammlung. Vortrag des Genossen Willel: „Unsere Gegenwartsaufgabe“. Diskussion, Beschließen. Freunde und Anhänger als Gäste willkommen.

Morgen, Sonntag, den 22. Februar:
1. Uhr. Die Reichst. beginnt sich am „Runden Abend“ im Reichst. Gesellschaftshaus, Willelstr. 20.
10. Uhr. Vormittags 10 Uhr. Funktionärversammlung bei Kaufner, Bognerstr. 10.
10. Uhr. Vortrag. In der Vorbereitung am Sonntag müssen alle Genossen am Sonntag früh um 9 Uhr in der Expedition erscheinen. Die Reichst. führen ein.
12. Uhr. Vortrag. Die Jugendgruppe veranstaltet am Sonntag, den 22. Februar, im „Runden Abend“, Ecke Charlottenburger Straße, einen Stammtisch, an dem alle Parteimitglieder eingeladen sind. **Jugendgruppen.** Gruppe Mitte: Sonntag Wanderung mit der Reichst. Jugend. Treffpunkt 3 Uhr. Gruppe Ost: Sonntag Treffpunkt 3 Uhr. Gruppe West: Sonntag Treffpunkt 3 Uhr. Gruppe Süd: Sonntag Treffpunkt 3 Uhr. Gruppe Nord: Sonntag Treffpunkt 3 Uhr. Gruppe Ost: Sonntag Treffpunkt 3 Uhr. Gruppe West: Sonntag Treffpunkt 3 Uhr. Gruppe Süd: Sonntag Treffpunkt 3 Uhr. Gruppe Nord: Sonntag Treffpunkt 3 Uhr.

Jungsozialisten.
Montag, den 22. Februar, 8 Uhr, im Preussischen Landtag spricht Genosse Dr. Bode über „Gesellschaftliche Grundlagen der preussischen Regierung“. Alle Gruppen beteiligen sich geschlossen daran. — Vorher, 7 Uhr, Reichst. Versammlung. Jede Gruppe entsendet zwei Vertreter. — 10 Uhr Reichst. Versammlung über.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.
Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
Gesellschaftliche: Berlin S 14. Seeblickstr. 37-38. Seite 2. **Kameradschaft Preussischer Bergarbeitervereine für Bergbau.** Sonntag, den 22. Februar, früh 8 Uhr, Preussischer Bergbau. **Kameradschaft Ostpreussischer Bergarbeiter.** Die nicht für Sonntag einbestellte sind, treffen Sonntag, den 22. Februar, früh 8 Uhr, Bahnhof Eintracht. **Kameradschaft Eisenbahner.** Sonntag, den 22. Februar, früh 8 Uhr, treffen sich die Kameradschaften zur Veranstaltung im Reichst. Saal an der Seeblickstr. im kleinen Tiergarten. **Kameradschaft Wilmersdorfer.** Die Kameradschaften, die nicht zum Sonntag führen, treffen sich Sonntag, den 22. Februar, früh 8 Uhr, am Reichst. Saal zur Teilnahme an der Gründungsfest der Berliner Kameradschaften im Sozialen Reichst. Saal. Eintrachtstr. 37. Die Berliner Kameradschaften sind bei den Kameradschaften zu haben. Diese Karten sind auch in weiteren republikanischen Kreisen möglichst zahlreich abzugeben.

Reichst. Versammlung. Sonntag nachmittags 11 Uhr, Vordr. 15. Vortrag des Herrn Dr. A. Stumm: „Die Schule der werdenden Gesellschaft“. Demonstration aus „Der Reichst.“ (Weber). Gäste willkommen.

Arbeiter Sport.

Berliner Arbeiter-Sportklub. 1. Bezirk, Charlottenburg, veranstaltet am Sonntag, den 22. Februar, nachmittags 3 Uhr, einen Wettkampf an 30 Metern mit Spandan und Stößen im Vereinslokal von Willel, Willelstr. 20. **1. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **2. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **3. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **4. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **5. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **6. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **7. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **8. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **9. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **10. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **11. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **12. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **13. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **14. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **15. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **16. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **17. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **18. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **19. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **20. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **21. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **22. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **23. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **24. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **25. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **26. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **27. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **28. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **29. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr. **30. Bezirk.** Treffpunkt 2 Uhr.

Arbeiter-Turn- und Sportbund. 1. Kreis (Stamm: Spandanburg). Kreisversammlung am 22. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Lokal Willelstr. 20, mit folgender Tagesordnung: 1. Konstituierung des Kreisrates und seine Aufgaben. 2. Die noch zu erledigenden Arbeiten des Kreisrates. 3. Olympia Frankfurt a. M., 4. Reichst. 1920. 5. Beschließen.

Weiter für Berlin und Umgegend. Weitere Ausbildung, Proff, zunächst mehr dem leichteren Schneesport, dann aufsteigend. — Für Deutschland. Fast überall Proff, leicht Schneefälle, besonders im Osten wichtig, stellenweise aufsteigend.

Der Sturz der Regierung Marx.

Stürmischer Verlauf der Landtagsitzung.

In der Sitzung des Landtags, über die wir bereits im Abendblatt berichteten, wurde die Besprechung der Regierungserklärung fortgesetzt. Der Abg. Riedel (Dem.) schloß seine scharfe Rede gegen die Rechte mit folgenden Ausführungen: Die wahren Gegner des Mittelstandes seien nicht in der Mitte, sondern rechts zu suchen! (Inhaltende Unterbrechungen rechts.) Wahlen würden nur die Kommunisten weiter stärken und die Gegensätze weiter verschärfen. Wer die Regierung stürzen wolle, ohne ihre Taten abzuwarten, trage die Verantwortung gegenüber der Geschichte und mache sich zum Helfershelfer der Schuldigen an unserer Not. (Lebhafte Beifall in der Mitte, Gegenunterbrechungen rechts.)

Abg. Bieker (Wirtsch. Vereinig., D.-Hann.): Das Programm Marx ist ja sehr schön, aber um so weniger schön ist die Zusammenfassung des Kabinetts; bei einer solchen Zusammenfassung ist das schöne Programm gar nicht durchführbar.

Abg. Wulle (Nat.-Soz.): Heute kommt alles auf die Personen der Staatsleiter an. Herr Marx gehört einer Partei an, die der Entwicklung Preußens stets ablehnend gegenüberstand hat. (Zustimmung rechts; stürmischer Widerspruch und Aufruhr im Zentrum.) Der jetzige Ministerpräsident Marx hat Zeugnisse getan, die von Haß gegen die Entwicklung Preußens zeugen (Arm im Zentrum) und noch mehr spricht dieser Haß aus den Worten des Zentrumssozialisten Schwering. In Weimar hat man das alte Preußen verschlungen. (Andauernde Unruhe und Zurufe im Zentrum.)

Unter ungeheurem minutenlangen Geschrei und Gejohle der Rechten und der Kommunisten besetzt darauf die Tribüne Abg. Heilmann (Soz.)

Jedesmal, wenn Heilmann zu reden beginnt, überdönen 150 Röhren durch unartikuliertes Gebrüll seine Stimme. Nachdem sich dieses Schauspiel fünf- oder sechsmal wiederholt hat, hebt Präsident Bartels die Sitzung auf für die Dauer einer Viertelstunde.

In der Pause ließ der Fraktionsvorstand der Sozialdemokraten die deutschnationale Fraktion wissen, daß Heilmann von seiner Fraktion einstimmig als Redner bestimmt wurde und daß sie jede weitere Obstruktion seitens der Deutschnationalen als eine Beleidigung und Herausforderung der gesamten Sozialdemokratischen Fraktion aufzufassen und vergelten müßte. Es wurde den Deutschnationalen offiziell mitgeteilt, daß, wenn Heilmann nicht seine Rede in der nächsten Sitzung halten könne, niemals wieder ein deutschnationaler Redner im Landtag zu Worte kommen würde; die sozialdemokratische Fraktion würde dies mit allen Mitteln zu verhindern wissen.

Darauf hin traten die Deutschnationalen zusammen und beschloßen, in der neuen Sitzung den Saal zu verlassen. Die Kommunisten, die sich schon während des letzten Teiles der Reden ruhiger verhalten hatten, sagten gleichfalls zu, daß sie sich an weiteren Obstruktionsoverlegen nicht beteiligen würden.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung erklärte Präsident Bartels, es sei das Recht eines jeden Abgeordneten zu sprechen und er würde gegen diejenigen, die dieses Recht zu verlegen versuchen würden, von allen Mitteln der Geschäftsordnung rücksichtslos Gebrauch machen. Bei dieser Mitteilung verließen die Deutschnationalen sowie einige Volksparteiler den Saal, die übrigen Oppositionsparteien verblieben im Plenum. Während der Rede Heilmanns begaben sich einige Deutschnationale auf die Tribüne des Publikums oder mischten sich unter die Ministerialbeamten hinter der Staatsregierung, andere hörten hinter den Gardinen der Ausgänge zu.

Abg. Heilmann (Soz.):

Herr Abg. Schlange, Schöningen hat gestern gemeint, es müße um mich und meine politischen Freunde ein Verbot erlassen werden. Er hat sich für dieses Wort auf mein Beispiel berufen. Ich lehnte diese Berufung ab. Was ich in frischem Schmerz und fäher Empörung über die brutale Hinstatung eines so hochverdienten und für das Vaterland so notwendigen Mannes wie Walter Rathenau gesagt habe, das duldet keinen Vergleich mit dem, was gestern hier

kalte Affenscheit mit ruhiger Ueberlegung ausgefunken hat. Herr Schlange hat gesagt, der Postkreis der Korruption umschlinge meine Partei. Als gestern Herr Kollege Schwering hier sprach, wurden ihm dauernd die Zwischenrufe gemacht: Hölle! Lange-Hegermann! Barmat! Warum sind die Herren nicht so ehrlich, wie Herr Wulle es eben war — relativ ehrlich, möchte ich sagen (sehr gut! und Heiterkeit bei den Soz.) und stehen in diesen Bannkreis auch das Zentrum hinein. Dann wäre es wenigstens deutlich, was sie meinen.

Aber meine Damen und Herren, der Herr Abg. Wulle hat verlangt, daß

in die letzten Winkel des Korruptionsjumps hineingeleuchtet werde, und dieser Aufgabe möchte ich mich mit ein paar Worten unterziehen. (Lärm bei den Kommunisten.) Die deutschnationale Partei in Berlin, die Herrn Wulle nicht unbekannt ist, da ihr Direktor

Herr Bruh Empfehlungsschreiben vom Ludendorff und vom Wulle in Besitz hat,

ist in Bantrott gegangen, und der Direktor Bruh wird wegen etwa 2000 Betrugsfällen gegenwärtig staatsanwaltlich verfolgt. (Lebhafte Rufe hört, hört! bei den Soz.) Ich darf bemerken, daß dieser Herr Bruh auf seinen Geschäftsbriefbogen die Aufschrift führt: „Offizielle Bank der deutschnationalen Freipartei“. (Erneute lebhafte Rufe: hört, hört! bei den Soz.)

Ich wende mich zu ernsteren Parteien. Ich habe heute leider nicht die Zeit, von gewissen Korruptionsangelegenheiten zu sprechen, die mit dem Namen des neugewählten Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, des Grafen Westarp, und mit dem Namen des Herrn Reichsinnenministers Schiele zusammenhängen; aber ich verspreche, sobald ich eine längere Redezeit habe als heute, das gründlich nachzuholen. Dagegen muß ich an die Deutsche Volkspartei die Frage richten, welchen Standpunkt sie jetzt einzunehmen gedenkt, nachdem Herr Dr. Stresemann durch den Mund des Herrn Abg. Dr. Pinkerneil

zuerst hat ableugnen lassen, daß er den Sprit-Weber als sein Patenkind in den Reichst. der Deutschen Volkspartei eingeführt hat, und nachdem später durch die Erklärung der Frau von Dheim nicht nur festgestellt worden ist, daß Herr Stresemann in Gemeinschaft von Frau von Dheim den Sprit-Weber in den Reichst. der Deutschen Volkspartei eingeführt hat, sondern nachdem festgestellt worden ist, daß er dafür vom Sprit-Weber auch größere Geldsummen für Parteizwecke erhalten hat (Lebhafte hört, hört! b. d. Soz.)

Ich frage weiter: Ist Ihnen bekannt, daß die Angabe der Reichsregierung, Dr. Stresemann habe das

Empfehlungsschreiben für die Allgemeine Depositen- und Handelsbank

für den Millionenchieber Wolpe nur im guten Glauben an die Zuverlässigkeit seines Ministerkollegen Hoffe unterschrieben, unrichtig ist (hört, hört! bei den Soz.),

daß vielmehr Herr Dr. Stresemann persönlich Herrn Wolpe und seinen Rechtsbeistand, dessen Name Löwenthal-Landek ist, wiederholt persönlich empfangen hat, (hört, hört! bei den Soz.), daß die Herren ihn wiederholt persönlich über das Goldkassengeschäft, das sie zum Schaden des Reiches durchgeführt haben, befragt haben? (hört, hört! bei den Soz.) Ist Ihnen ferner bekannt, daß Herr Kraßin im Besitz eines Empfehlungsschreibens ist, das Stresemann zu geschäftlichen Zwecken an ihn gerichtet hat,

um seinen Freund und Ausschüßkollegen, den Ostjuden Eltwia, Herrn Kraßin zu Handelsgeschäften zu empfehlen? (hört, hört! bei den Soz.) Ist Ihnen bekannt, daß Herr Kraßin sich Zeugen gegenüber, die zur Verurteilung stehen, dahin geäußert hat: Wenn Herr Stresemann solche Freunde geschäftlich empfiehlt, dann möchte er wenigstens dafür sorgen, daß sie Rußland nicht wucherische und betrügerische Geschäfte anbieten? (hört, hört! bei den Soz.)

Nach diesen Fragen wende ich mich zu einem anderen Gebiete. Der berühmte Millionenchieber Wolpe hat auch einen Sozjus gehabt.

Dieser Sozjus heißt Viktor von Rakowski und ist Mitglied des Deutschnationalen Klubs in Berlin.

(hört, hört! bei den Soz.) und, wenn ich nicht irre, sogar Vorstandsmitglied der Deutschen Adelsgenossenschaft. (hört, hört! b. d. Soz.)

Ich habe in meinen Händen einen Vertrag, in dem der Herr Reichsfinanzminister von Schlieben für diesen Herrn von Rakowski Bürgschaften von je 500 000 Mark übernahm bei der Preussischen Staatsbank, bei der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse und bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. (hört, hört! bei den Soz.) Dieser Kredit geht auf den Namen der Deutschen Beamten-Genossenschaftsbank, deren Direktor Herr von Rakowski wurde, nachdem er von Wolpe aus der Allgemeinen Depositen- und Handelsbank herausgedrängt worden war. Jetzt ist Herr von Rakowski auch von der Deutschen Beamten-Genossenschaftsbank wegen Unregelmäßigkeiten entlassen worden. (hört, hört! bei den Soz.) In dieser Bürgschaft für das Darlehen, die Herr von Schlieben übernommen hat, sind als Sicherheit aufgeführt Grundstücke, die dieser Bank gehören, Grundstücke in dem Saal Alhibed. Sie sind als Sicherheit für den Betrag von 200 000 Goldmark angenommen, obwohl der Herr Reichsfinanzminister von Schlieben wußte, daß diese Grundstücke im Jahre 1922 vom Deutschen Reich an dieselbe Bank für den Preis von 6000 Goldmark verkauft worden sind. (hört, hört! und große Lärme im Zentrum und links.)

Ich sage Ihnen: Wir sind bereit, in die Korruption hineinzuleuchten bis in die letzten Winkel, und wir können den Herren versprechen: Ueber all das werden Untersuchungsausschüsse tagen und nichts von alledem wird unausgesagt bleiben.

Ein Wort zur Angelegenheit Barmat! Ich kann dazu sehr viel erzählen: Ich werde abwarten, ob die Barmats etwas moralisch Verwerfliches oder Strafbares begangen haben. (Lachen bei den Komm.) Sollte es der Fall sein, dann haben sie in erster Reihe Ihre Freunde getaucht; denn eins ist in diesem schwabenden Verleihen schon festgestellt: daß wir alle optima fide (besten Glaubens) gehandelt haben, und wenn Sie den Beweis dafür haben wollen, dann, bitte, fragen Sie den Finanzminister Dr. von Richter. (Sehr gut! im Zentrum, bei den Dem. und bei den Soz.)

Meine Damen und Herren, die Sozialdemokratische Partei hat gezeigt, daß sie mit den Mitgliedern, die sich etwas Ehrenrühriges haben zu schulden kommen lassen, im Augenblick der Feststellung dieser Tatsachen aufräumt (Sehr richtig! bei den Soz.), und die Fraktion hat mich beauftragt, zu erklären, daß mit jedem Mitgliede der Partei, sei es, wer es sei, ebenso verfahren werden wird. (Bravo! bei den Soz. — Lachen bei den Komm.) Ueber Sie können und werden die Sozialdemokratie nicht dazu zwingen, auf bloße Beschuldigungen hin irgend jemand zu entehren. (Sehr richtig! bei den Soz.)

In diesem Zusammenhang ein Wort über meinen Parteifreund und persönlichen Freund, den Herrn Reichspräsidenten Richter. Meine Damen und Herren, auch hier bitte ich Sie, in aller Ruhe abzuwarten, bis die Sache ausgeklärt ist, und ich tröste mich heute damit, daß, wer zuleht lacht, am besten lacht. Gerade im Fall Richter kann ich Ihnen versprechen: es wird keine vier Wochen dauern, bis nachgewiesen ist, daß all die Beschuldigungen ettel

Lüge und Betrug gewesen sind. (Lachen und Zurufe b. d. Komm.)

Was uns hier eigentlich beschäftigt sollte ist die Herstellung einer arbeitsfähigen dauerhaften Regierung für Preußen. (Sehr richtig! im Zentrum, b. d. Dem. u. b. d. Soz.) Keine Partei ist davor geschützt, daß in ihren Reihen sich ein räuberisches Schaf ein-

Drei Beispiele unserer Leistungsfähigkeit

Advertisement for Goodyear shoes. It features three silhouettes of men in suits, each holding a shoe. The first silhouette is labeled '1850 Herren-Lackhalbschuh für Gesellschaft und Straße. Orig.-Goodyear-Welt'. The second silhouette is labeled '1650 Damen-Lackhalbschuh, rasige Form. Orig.-Goodyear-Welt'. The third silhouette is labeled '1450 Herren-Schnürstiefel, echt Rindbox. Orig.-Goodyear-Welt'. To the right, there is a large illustration of a shoe with the Goodyear logo and the text 'Tack' and 'Schnürstiefel'. Below the silhouettes, there is a list of addresses for 113 own sales points across various cities in Germany.

113 eigene Verkaufsstellen, davon in Groß-Berlin:
SW, Friedrichstr. 240/41
W, Potsdamer Str. 30
W, Schillerstr. 16
NW, Neuseelstr. 29
NW, Turmatr. 41
NW, Wilanacher Str. 22
N, Brunnenstr. 37
N, Danziger Str. 1
N, Friedrichstr. 130
N, Müllersstr. 3
O, Andriassstr. 36
O, Frankfurter Allee 72
SO, Oranienstr. 2a
SO, Wrangelstr. 49
C, Spittelmarkt 15
C, Rosenthaler Str. 14
Neukölln, Bergstraße 30/31
Charlottenburg, Wilmersdorf Str. 122/21, Potsdam, Brandenburger Str. 94

Schlecht. Das hat selbst Herr Schäfer zugegeben. Er hat nur gemeint, der Unterschied zwischen heute und früher sei der, früher sei einmal ein Korruptionsfall in 10 Jahren vorgekommen, jetzt sei die Korruptionstendenz gleichsam die Tagesatmosphäre der Republik. Lassen Sie mich dazu einen kleinen Beitrag geben. Anfang des Jahres 1914 erhub der damalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Karl Liebknecht im Reichstags-

Schwere Korruptionsangriffe gegen den General von Lindemann. Liebknecht behauptete, daß der General über ein Jahrzehnt lang zahllose hohe Ämter und Orden gegen Geld vermittelt hätte. Im Reichstags wurde Liebknecht das Wort entzogen, und er hat seine Beschuldigungen in drei Artikeln des "Vorwärts" niedergelegt. Wegen dieser drei Artikel wurde Anklage erhoben, und die königliche Staatsanwaltschaft am Landgericht I Berlin hat in der Untersuchung über diese Korruptionsbeschuldigungen des Abgeordneten Liebknecht

32 Bände Akten zusammengestellt. (Hört, hört! h. d. Soz.) So geschah im Jahre 1914! Dann hat die königliche Staatsanwaltschaft am Landgericht I Berlin an das preussische Gesamtministerium, das den Strafantrag gestellt hatte folgenden Bericht erstattet: Es sei zwar eine direkte Bestechung nur in wenigen Fällen anzunehmen (Hört, hört! h. d. Soz.), aber die Untersuchung habe eine solche Unmenge unzulässiger Beeinflussungen bei Vergabung namentlich von Professuren und Orden ergeben, daß die königliche Staatsanwaltschaft dringend widereraten möchte, es zu öffentlichen Gerichtsverhandlungen kommen zu lassen. (Beifalls Rufe h. d. Soz.; Hört, hört!) Und wissen Sie, was dann geschah ist?

Dann hat das preussische Staatsministerium unter dem Vorsitz den Herrn v. Bethmann Holweg beschlossen, den Strafantrag zurückzunehmen. Der Kultusminister v. Troitz zu Solz-

der für keine Person noch besonders Strafantrag gestellt hat, hat auch seinerseits den Strafantrag zurückgenommen. (Hört, hört! h. d. Soz.) Zugleich ist dem Staatsanwalt eine Klage dafür ausgesprochen worden, daß er sein Gutachten schriftlich niedergelegt habe. (Hört, hört! und Heiserkeit h. d. Soz. Zurufe h. d. Komm.)

Auf politischem Gebiet aber liegt die Sache so. Wie Herr Dr. v. Campe denkt, das hat er im Oktober vorigen Jahres hier ausgesprochen. (Sehr richtig! links.)

Und meine Herren, durch kein Argument schaffen Sie aus der Welt, daß die Stellung der Deutschen Volkspartei zur großen Koalition durch den Einfluß der Kreise eine andere geworden ist, von denen die Deutsche Volkspartei ihr Wahlgeld erhält. (Sehr gut! links. Unruhe und Zurufe h. d. D. Sp.) Das ist die politische Korruption großen Stils, um deren willen wir jetzt Regierungskreise auf Regierungskreise haben. (Sehr richtig! h. d. Soz. Unruhe und Zurufe h. d. D. Sp.) Und gegen diese Korruption kämpfen wir, diese Korruption wollen wir zu Boden schlagen! (Stürmischer Beifall links.)

Abg. Ködigs (Z.) verwahrt die Zentrumsgenossen des Rheinlandes gegen die vom Abg. Wulle erhobenen Vorwürfe und spricht sodann seine große Befriedigung aus über das dem gewerblichen Mittelstand im Programm des Kabinetts März erwiesene Entgegenkommen.

Abg. Dr. Binterneck (Dsp.): Herr Hellmann hat den Spritweder als Protégé vom früheren Reichskanzler Stresemann vorgeführt. Herr Hellmann erklärt die Ursprung der Schwendung der Deutschen Volkspartei aus den von ihr empfangenen Wahlgeldern. (Andauernde Unruhe.) Wir haben niemals in der Politik eine Schwöchung vorgenommen. (Stürmischer Gelächter in der Mitte und links.) Wir haben uns vorgelebt, den Einfluß der Revolution zu brechen (Aha! und allgemeine Bewegung), und der 7. Dezember hat uns Recht gegeben.

Abg. Schäfer (Dnat.) lehnt eine Befreiung des Zentrumsabgeordneten Schönering, dessen Rede völlig unqualifizierbar gewesen sei, ab. Die neue Regierung muß mehr eine Regierung der Reinigung als der Einigung sein. (Beif. Beif. rechts.)

Abg. Labendorff (Wsch. Sp.): Die Korruptionszustände im Zentrum hinken zum Himmel. Wenn das Zentrum sich nicht wohl befindet, dann rate ich Ihnen: Gehen Sie aus der Koalition raus.

Abg. Dr. Körner (Nat. Sp.) — mit Heulrufen begrüßt — befreit dem demokratischen Abg. Nibel das Recht, zur Kritik an anderen Parteien.

Abg. Koch (Dnat.) wendet sich gleichfalls gegen den Abg. Nibel, der nicht ernst zu nehmen sei.

Abg. Kustner (Soz.) wendet sich in persönlicher Bemerkung gegen den Abg. Wulle. Dieser habe seine jüdischen Redaktionskollegen in den Krieg ziehen lassen, sei aber selber daheim geblieben. Damit ist die Aussprache beendet.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag der Regierungsparteien: „Der Landtag billigt die Regierungserklärung und spricht dem Staatsministerium das Vertrauen aus“.

Bei der namentlichen Abstimmung werden 439 Karten abgegeben. Die Mehrheit beträgt also 220, auf 3 a lauten 218, auf 1 e in 221.

Damit ist also das Vertrauensvotum für das Kabinett abgelehnt.

Ministerpräsident Marx erhebt sich sofort und erklärt angesichts des Ergebnisses der Abstimmung für sich und sämtliche Minister den Rücktritt.

Hierauf verläßt sich das Haus auf Dienstag, den 3. März: Besprechung von Anträgen zum Dortmund-Grubenunglück. — Schluß 4.35 Uhr.

Ausstellung neuer Damen-Hüte

Jugend-Aufschlagform 4.95
aus Seide mit Reppband und Schmale

Jugend-Glockenform 3.95
aus Seide mit Band-garnitur

Sonnabend Eröffnung
unseres neuen
Putz-Salons

Die entzückendsten Modelle und Kopien aus unseren eigenen Ateliers für die Frühjahrs- und Sommer-Saison werden Ihnen vorgeführt.

Flotte Seidenform 4.95
mit reicher Strobbord-garnitur

Ingentliche Form 5.95
aus Liseretborte und Borte

Mittel-grosse Aufschlagform 8.95
mit Crepe Georgine und Frotteborte

Liseret-Formen 2.65
Sott und weich verarbeitet

Backfisch-Glocken 5.95
weiche und moderne mit Band-garnitur

Grosser eleganter Damenhut 7.75
4-fach Liseret

Linon-Formen 95 Pf.
gute Verarbeitung 1.50 1.25

Boleroform 7.95
Liseretkopf und Seidenband

Stangenreiter 1.45
Stellig geb., alle mod. Farben

Stangenreiter 4.25
mit Locke, viele Farben

Kronenreiter 4.25
voll gebunden, alle neuen Farbenfärbung

Straussfeder-Gestecke 1.95
für Hüte und Halbgarnituren

Elegante Form 10.95
mit elegantem Aufschlag, 6-stufiger Liseretkopf

LINDEMANN & CO. AKT. GES.

nur Turmstrasse, Ecke Ottostrasse

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
7 1/2 Uhr Die verkaufte Braut
Opernhaus am Königsplatz
7 1/2 Uhr Fiedermus
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr v. Homburg
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr Von morgens bis mitternachts
Volksbühne
7 1/2 Uhr Wer wohnt um Juckeneck?

Deutsch-Theater
7 1/2 Uhr Die heilige Johanna
Kammertheater
7 1/2 Uhr Die Stützen der Gesellschaft
Die Komödie
Karlshofstr. 14/15/21
8 Uhr Zurück zur Schule
Rauhe u. d. Heiligens
8 Uhr Wir lassen uns scheiden
Komödienhaus
8 Uhr Heimliche Brautfahrt
Berliner Theater
7.30 Uhr Ameliese v. Dessau

Lessing-Theater
8 Uhr Indipohdi
von Gerhart Hauptmann
Kleines Th.
Täglich 8 Uhr
Frau Lobengrin
von Friedrich und Louise Glaue
Gisela Werberich
Dag Ullrich, Schirer
Thiele, Käthe

Trianon-Th.
Täglich 8 Uhr
Einmal ist keimnal
ist keimnal
von Fritz Mack
Hans Arnstadt
Falkenberg, Kauer-Titz

Thalia-Th.
Täglich 8 Uhr
Das Dreimäderhaus
Schubert
Jadlowke

SOVA
8 Uhr
Variété-Revue
Sonntags 9 Uhr
zu halben Preisen

Deutsch. Künstlertheater
Täglich 8 Uhr
„Riquette“
Schauspielhaus
Lustspielhaus
8 Uhr Seltene Tändelei
D. wahre Jakob

Operettenhaus
an Lützowstr.
8 Uhr
Die verurteilte Frau
Wallner-Theater
8 Uhr
Polizei und Melodien

Apollo-Theater
8 Uhr
Revue-Posse
Das lachende Berlin
über 100 Mitwirkende
Ganz kleine Eintrittspreise
Parkett 2,50 M.

Reichshallen-Theater
Abend 8 Uhr, Sonntagsnachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Neul Sport-Müller Neu!
Nachm. halbe Preise, volles Pro!

Dönhoff-Brettl
Familien-Variété
Anf. 7 1/2 Uhr, Sonnt. 8 1/2 Uhr

Rose-Theater
8 Uhr
Interieren
bringt ERFOGL!

Residenz-Th.
Täglich 8 Uhr
Mrs. Dot
Leopoldine Konstantia
"Gute Laune", "Karl", "Burg"
Eber, Alexander
Mahl, Bau

Wintergarten
Novitäten-Spielplan!
Sonntags 3 1/2 Uhr
halbe Preise
Ravanden gestattet

Theater am Kottbuser Tor.
Täglich 8 Uhr und
Sonntags nachm. 8 Uhr
Elle-Sänger.
Der Gipfel des Humors
Die Daxe der Pandore
Volk-tümliche Preise

Berliner Konzerthaus
Mauerstraße 82 (Clou) Mauerstraße 82
Erste Sonderveranstaltung
heute, Sonnabend, 21. Februar, bei freiem Eintritt
Ein musikalischer Nachmittag
EINST und JETZT
voller Musikanten der Opern-Operette
ELSA MANEKE
KLANG und RHYTHMUS
aus verschiedener Zeit.

Theater des Westens
Berl. Operngastsp.
Dien. Ewa d. Muth
Sonntag, 22. Februar
3 Uhr: **Carmen**
in d. ges. Ensemble
der Gr. Volksoper

Casino-Theater
Lützowstr. 31 Tägl. 8 Uhr
Trotz d. gr. Erfolges
nur noch kurze Zeit
die Schlager-Posse
Graf Koks
Vorher die humor-
volle bunte Teil mit
Willy Melbryck

Ernst Friedrich
spricht
22. Februar, 8 Uhr, in
d. „Arbeiter-Kunst-
archivstr. 29“
Märchen- und
Gesp. aller Geschichten

Circus Busch
Morgen Sonntag:
2 x 8 + 7 1/2 Uhr
7 x Fliegende
Affen
7 x Indianer
als Hochwunder
Nachm. außerdem:
Für die Jugend bearbeitet
Tango-Humorist
Die lustigen
Vagabunden
6 Abenteuer
Robert u. Bertrams
Abends zum Schluss
Das romantische
Mane ewerk
Lady Hamilton
in der Hauptrolle
Paula Busch.
Feenhaft-Ausstattg.
Herl. M. n. Effekte!
Außerdem
Kombi-Sessionrat
Albert Schumann
als Gast
Hohe Schule u. „Mephisto“
Nachm. halbe Pr.!

Asthma
Neu! durch
die neuen echten
Wittma-Tropfen,
berühmt durch ihre
Wirkung, 20. 250. In
Tropfen und Spö-
thelien erhältlich, jedoch
schon mit 100
Oto Reichel, Berl. 43,
50, Eifenbahnstr. 4.

Stellenangebote!
finden in Vorwärts
beste Beachtung!

Kailler-Revue
1915
Th. I. Admiralspalast
27. Woche
Abend 8 Uhr
Die gr. Güte
Revue d. Welt:
„Noch und Noch“
Sonntag nachm.
3 1/2 Uhr:
Die ganze
Vorstellung zu
halben Preisen
2. Rang 1 Mark

Central-Theater
7 1/2 Uhr Die verz. Glocke
3 Uhr: Dame Kobold

Deuts. Opernhaus
6 Uhr Parsifal

Metropol-Theater
heute 7 Uhr
Gräfin Mariza

Neues Th. am Zoo
Täglich 8 Uhr
Die weiße Weste
Musik Lustspiel!

Th. in Kommand. Str.
heute 7 Uhr
Molly Wessely in
Die Frau ohne Kopf
Sig. 3 1/2, Ran Seibitz

Komische Oper
8 Uhr
Direktion: James Klein
Unsere Revue:
Das hat die Welt
noch nicht gesehen
mit über 250 Mitwirkenden
Die Sensation des
Berliner Theaterlebens!
Sonntag 3 1/2 Uhr
Die große Revue!
jeder erwachs. 1 Kld. 6 fr. zu halben Preisen
(100 Pf. - 1/2 6 Mk.)
Verkauf ununterbrochen!

Berliner Uik-Trio
Neukölln, Lohstr. 74/75-1

Die Verantwortung für den Ruhrskandal.

Luther und Stresemann vor dem Reichstag.

Nach den Reden von Dr. Herz, Cramer (Bürgerblock) und Reichskanzler Luther, über die wir im Abendblatt berichteten, erhielt das Wort

Abg. Frau Golke (Ruth Fischer, Komm.): Noch nie gab es einen schamloseren Arbeiterbeitrag als den der Sozialdemokratie bei den Ruhrindustrialen. Die Denkschrift läßt die Unsicherheit der Regierung erkennen, die gegen das Staatsrecht gehandelt hat. Die Reichsregierung hat sich auf eine Vereinbarung mit den Ruhrindustrialen eingelassen, weil zwei Juristen der Ruhrindustrie ein Gutachten ausgearbeitet hatten, wonach die Entschädigungen noch viel höher sein müßten. So behauptet die Regierung noch spottlos gewagt zu sein! Es handelt sich um eine Erpressung der Ruhrindustrialen gegen die Reichsregierung. Diese Ruhrindustrialen, die als patriotische Helden gefeiert werden, waren zu allererst bereit, den passiven Widerstand zu durchbrechen und die Kohlen an Frankreich weiterzuliefern, wenn sie nur bezahlt bekommen. Stinnes hat in seinem verächtlichen hochpötrischen Brief der Regierung die Pistole auf die Brust gesetzt: Entweder zahle die Millionen für unsere Betriebe oder wir geben das Rheinland preis! Wir Kommunisten wollen die Arbeiter in den Stand setzen, die Betriebe selbst zu übernehmen. Die Sozialdemokratie ist korumpiert von Bebel zu Barmat. Die Sozialdemokratie ist mitverantwortlich für die Regierung, die die Ruhrindustrialen gezahlt hat, und heute stimmt sie im Landtag wieder für ihr Jozel, für die Marx-Regierung. Die Sozialdemokraten scheuen nicht zurück vor Landesverrat, Hochverrat und sonstigen Verbrechen, wenn sie nur unsere Leute befristigen können. Die sozialdemokratischen Minister sind mitverantwortlich für die Ruhrindustrialen, da sie darum gewußt haben, oder wenn sie es nicht gewußt haben, dann sind sie Esel. (Heiterkeit.) Warum stürzen denn die Sozialdemokraten nicht diese Regierung Luther? Ihr (zu den Sozialdemokraten) brüllt wie die Löwen und seid zäh wie die Schafe. Wir begehnen uns nicht mit einem Untersuchungsausschuß, wir werden die Massen draußen aufpeitschen. (Wärm.) Wir verlangen eine lebenslängliche Schicht im Bergbau, eine Erhöhung der Löhne auf die Höhe der Abgeordnetenlöhne. (Heiterkeit.) Wir verlangen die Beschlagnahme des Vermögens des Hochverraters Stinnes und dessen Ueberführung in die Hände der Arbeiter. Wir verlangen Anklage gegen Luther, Stresemann, Marx, Sölkemann, Robert Schmidt! Das Justizhaus gehören nicht die Kommunisten, sondern gehört diese Justizhausregierung. (Vizepräsident Dr. Nieber erhebt einen Ordnungsruf. — Auf rechts: Sie gehören in eine Kaltwasserbehandlung. — Heiterkeit.)

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) erklärt, daß nach dem Ruhrkampf wohl niemand geglaubt habe, daß es jetzt noch ein solches Nachspiel geben würde. In der Denkschrift werde von den Summen, die der Ruhrindustrie durch die Lohnsicherung und auf anderen Wegen geflossen sind, nichts gesagt. Es besteht kein Zweifel, daß das Ruhrgebiet in einem gewissen Umfang entschädigt werden müßte. Die entscheidende Frage war damals: Wie werden Rhein und Ruhr erhalten? Wie diese hochpolitische Frage in dem Briefwechsel mit Stinnes behandelt wird, ist bedenklich. Wir wollen aber hier keine Bormotrie erheben und das Urteil der Zukunft und Geschichtsschreibung überlassen.

Bei der Berechnung der Preise hat sich der damalige Finanzminister Dr. Luther zu sehr von den Interessenten beraten lassen.

Der Redner verweist darauf, daß man Arbeiter, Angestellte und Beamte unter Hinweis auf die hohen Ricum-Lasten dauernd in den Löhnen gedrückt und zur Mehrarbeit angezogen habe. Diese Abwälzung der Ricum-Lasten auf Arbeiter, Angestellte und Beamte sei in der Denkschrift völlig unberücksichtigt geblieben, ebenso die Abwälzung auf die Verbraucher. Zweifellos sind große Summen zu Unrecht an die Ruhrindustrialen gezahlt worden. (Lebhafte Zustimmung links.) Der Redner erinnert weiter an die geringe Entschädigung der Auslandsdeutschen. Pflicht des Untersuchungsausschusses sei es, die zuviel an die Ruhrindustrie gezahlten Summen abzuschöpfen und ihre Rückzahlung zu erreichen. (Zustimmung links.) Zweifellos sind auch wesentliche Kredite von der Ruhrindustrie in Anspruch genommen worden, die dann im wertlosen Papier zurückgezahlt wurden. Unter Berücksichtigung der Inflationsergebnisse würde sich das in der Denkschrift gegebene Bild erheblich ändern. Wertwärdig sei die Begründung der Regierung, daß es leichter sei, die Großen zu bestrafen als die Kleinen. Die Bevorzugung der mittleren und kleineren Betriebe gegenüber der Großindustrie ist unerhört. (Hört, hört! links. — Zuruf des Abg. Koch (Dnat.): Ihr seid ja selbst dabei gewesen, warum habt ihr früher nichts dagegen getan?) Die Eile, mit der die Zahlungen erfolgten, läßt sich nur damit erklären, daß die Regierung fürchtete, angesichts der Notlage des Volkes vor dem Reichstag zu treten. Trotz des Daniederliegenden der Wirtschaft haben die Ruhrindustrialen ihre Betriebe aufrechterhalten können. Da glaubt kein Mensch, daß sie vor dem Zusammenbruch standen. Eventuell hätte man ihnen Kredite geben können, anstatt das ganze Geld hinausschmeißen. Ueber die Indemnität werden wir uns im Ausschuß unterhalten. Wenn schon aufgeräumt werden muß, muß nicht nur mit Barmat, sondern auch mit den Ruhrkrediten aufgeräumt werden. Aufgestellt werden muß auch, ob und was der preussische Staat bekommen hat, der doch auch Grundbesitzer ist.

Das Volk kann nicht neben den hohen Steuern auch noch hundert Millionen an die Ruhrindustrie zahlen.

(Sehr richtig! b. d. Dem.) Diese Sache kann innerhalb des Volkes schlimme Folgen haben. (Zwischenruf rechts.) An Rationalgefühl nehmen wir es mit jedem auf. (Lebh. Beifall b. d. Dem.) Wir müssen darauf bestehen, daß das Reich verfassungsmäßig verwalzt wird. Wir beantragen deshalb auch die Einsetzung des Untersuchungsausschusses. Was den Ruhrindustrialen versprochen ist, muß ihnen gegeben werden, aber nicht mehr, und namentlich nicht bevor die Kleinen auch entschädigt sind. Wir können nicht zulassen, daß die Reparationsfrage zum Gewinn für großkapitalistische Unternehmungen wird. (Lebh. Beifall b. d. Dem.)

Reichsaussenminister Dr. Stresemann:

Ich bitte Sie, sich die Situation zu vergegenwärtigen, als das erste Schreiben des Herrn Stinnes an mich als Reichskanzler kam. Am 23. September wurde die Aufgabe des passiven Widerstandes beschlossen. Es entstand für uns die Frage, wie wir angesichts der abstoßend historischen Behandlung der Reparationsfrage durch Poincaré für diejenigen sorgen könnten, die getreu den Anforderungen des Reiches und Preußen, die Werte stillgelegt und die Arbeit niedergelegt hatten. In dieser Zeit, kaum 14 Tage nach der Aufgabe des passiven Widerstandes, kam der erste Brief von Stinnes vom 7. Oktober. Die Herren der Ruhrindustrie haben uns erklärt, sie übernehmen die Verantwortung für die Verhandlungen, sie werfen aber gleichzeitig die Frage auf, wenn von französischer Seite Forderungen gestellt würden wegen Nachzahlung der Kohlensteuer usw., wie kann mir als Reichsregierung dazu Ründen.

Die Stellungnahme der Reichsregierung hat, darin hat der Abg. Herz recht, verschiedene Phasen gehabt. Es ist auf den Widerspruch der ersten Antwort an Stinnes und dem Kabinettsbeschluss vom 20. Oktober hingewiesen worden, aber Herr Herz wird es verständlich finden, wenn er sich vor Augen führt, daß bei diesen ganzen Fragen doch auch der Gesamtkompieg der außenpolitischen Lage mit hinein spielte. Am 8. Oktober waren wir noch der Meinung, daß es zu einer Vereinbarung kommen könnte, die uns diese unerhörten Lasten nicht auflegen würde.

Der „Vorwärts“ behauptet ferner, daß die sozialdemokratischen Minister im Reichskabinet nicht informiert worden seien. Selbstverständlich ist das ganze Kabinet in Kenntnis über die erste Anregung des Herrn Stinnes gewesen, die er nicht als Privatmann, sondern als Vertreter der Sechserkommission machte, als er die Regierung fragte, ob sie mit der Führung der Verhandlungen durch die Sechserkommission einverstanden sei. Die Regierung erklärte das Einverständnis unter der Voraussetzung, daß allen Firmen der Beitritt zur Sechserkommission freistünde und niemand ausgeschlossen werde. Am 20. Oktober trat das Kabinet zu einer Sitzung zusammen, die ich als die entscheidende bezeichnen möchte. In der damaligen Zeit war die Inangahaltung der Industrie im Ruhrgebiet nicht nur eine soziale und wirtschaftliche, sondern eine politische Frage ersten Ranges. (Lebhafte Zustimmung rechts.) In dieser Situation müßte selbstverständlich das Reich auch seinerlei Garantien übernehmen. An dieser Sitzung hat auch der Preussische Ministerpräsident, damals Herr Brauns, teilgenommen. Ich möchte kein Hehl in dieser Sitzung daraus, daß die Reichsregierung die Garantiesummen, die von der Ruhrindustrie gewünscht wurden, damals zu leisten nicht in der Lage war. Damals lag von der Industrie ein Vorschlag vor, der für die nächste Zeit eine gewisse Lösung bringen konnte, der besagte, daß die Bergherren besetzten Gebiete versuchen würden, die Wiederaufnahme der Arbeit zu ermöglichen. Dann sollten Reparationskontingente in einem Umfang von 16—18 Proz. der Gesamtproduktion zunächst auf Kosten der Privatindustrie geliefert werden. Die Mittel dafür wollte die Industrie sich selbst im Zustande durch Kredite beschaffen. Dieser Vorschlag fand meine volle Billigung, ebenfalls das geordnete Versprechen, daß das Reich sich zur Erzielung bekennen müsse. Die Erfolgsleistung müßte eintriften, sobald die Reichsfinanzen in Ordnung gebracht sind. Der alte Bergarbeiterverband, der politisch der Sozialdemokratie nahesteht, hat sich damals in einer Entschädigung und einem Belegtschreiben zu dieser Entschädigung an die Reichsregierung gewendet. In dieser Entschädigung des alten Bergarbeiterverbandes heißt es:

„Der alte Bergarbeiterverband hat erfahren, daß das Reichskabinet heute einen entscheidenden Beschluß für die Situation im Ruhrgebiet fassen will. Nach einmütiger Auffassung der Vertreter des alten Bergarbeiterverbandes würde ein Beschluß, die Sachleistungen für die Reparationen nicht zu bezahlen, die endgültige Abschneidung des Rhein- und Ruhrgebietes von Deutschland zur Folge haben und die Errichtung eines Rhein- und Ruhrlandes unter französischer Oberhoheit nach sich ziehen.“ (Großer Lärm links.) Die Entschädigung fährt fort: „Das arbeitende Volk an Rhein und Ruhr wird es nicht verstehen, wenn die Reichsregierung nicht alle Mittel bis zum äußersten erschöpft, diese Abschneidung unmöglich zu machen.“

Das beweist, daß damals die gesamte Arbeiterschaft von uns mehr verlangt hat, als wir leisten konnten. In dem Belegtschreiben zu der Entschädigung des alten Bergarbeiterverbandes, das damals ebenfalls vertraulich behandelt werden sollte, kam zum Ausdruck, daß eine andere Entscheidung des Kabinetts als die vom Bergarbeiterverband vorgeschlagene das vollkommene Chaos in Deutschland sowie einen Bürgerkrieg und vielleicht sogar einen neuen Krieg mit Frankreich zur Folge haben müßte. Wir standen also unter einem sehr scharfen Druck. Da gingen wir an die Industrie heran und sagten ihr, sie soll zunächst sich mit ausländischen Krediten versehen, für die wir dann die Erfolgsleistung hätten. Die Industrie hat das auch getan. Dieses Verhalten der Industrie ist doch schließlich ein Beweis ihres nationalen Willens, den man auch einmal anerkennen muß. (Lebhafte Beifall rechts, lärmende Kundgebungen links.) Ich habe am Schluß der Sitzung feststellen können, daß eine volle Einmütigkeit des Kabinetts besteht. (Hört, hört!) Ich habe damals gewünscht, daß wir, angesichts der Bedeutung der Frage, noch eine zweite Kabinettsitzung zu ihrer Erörterung einberufen. Diese zweite Sitzung fand am 1. November statt. Wenn ich mich recht erinnere, sind am 3. November die sozialdemokratischen Mitglieder aus dem Kabinet ausgeschieden. In der Sitzung am 1. November handelte es sich namentlich um die Klärung der Einzelheiten der Vereinbarungen des Sechserausschusses mit der Ricum. Der Minister Schmidt erklärte damals, er könne zu den Einzelheiten nicht Stellung nehmen. Aus dem Protokoll geht dann hervor, daß die sozialdemokratischen Minister des Kabinetts geüben haben, ihre Stellungnahme als Stimmenthaltung aufzufassen. An ihrer grundsätzlichen Zustimmung zu dem grundlegenden Beschluß in der entscheidenden Kabinettsitzung ändert das aber nichts. Wenn später die Reichsregierung zur finanziellen Hilfeleistung bei den Ricum-Beiträgen geschritten ist, so weiß ich darauf hin, daß die Erledigung dieser Angelegenheit namentlich außenpolitische Bedeutung hatte. Gerade von der politischen Einstellung der Finzen aus muß doch der Standpunkt gebilligt werden, daß mit Hilfe weltwirtschaftlicher Möglichkeiten die politische Lage Deutschlands gefestigt wird. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. Herz (Soz.):

Der Herr Reichsaussenminister Stresemann hat behauptet, daß für uns innerpolitische Gesichtspunkte maßgebend gewesen seien, während er von außenpolitischen Gesichtspunkten aussehe. Aber gerade dem Herrn Außenminister ist zum Bormurz zu machen, daß er die außenpolitischen Interessen nicht gewahrt hat. Er sind doch über das Echo im Auslande mindestens so gut unterrichtet wie wir, und da werden Sie genau wissen, daß man dort nicht das geringste Verständnis dafür hat, daß ohne die gelegenden Rücksichtungen diese Ausgaben gemacht worden sind. Wenn wir die Frage der Rechtmäßigkeit der Ausgaben klären wollen, so daß uns aus dem Grunde, weil wir nicht zulassen wollen, daß alles Außenpolitische zerfallen wird, was wir mühsam aufgebaut haben. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Ich nehme an, daß die Delegationen in dieser Frage nicht so gewill sind wie beim Dawes-Gutachten. Herr Stresemann hat sich darüber beschwert, daß kein Briefwechsel mit Herrn Stinnes bezichtigt sei als ein Briefwechsel mit seinem Parteigenossen. Ich finde nichts daran. Aber man wird diese Zeitungen nicht allzuweit bestrafen können in einer Zeit, wo selbst wir Sozialdemokraten für minderen Rechts erklärt werden. Bei den Beziehungen des Herrn Stresemann zu seinem Organ „Die Zeit“, sollte er doch ein gewisses Verständnis dafür nicht vermissen lassen. Bereits im Oktober 1921, als im „Vorwärts“ und in der „Hessischen Zeitung“ diese Angelegenheit besprochen wurde, war das Entscheidende die Besprechung von Stinnes mit dem General Degoutte. Richt die

Verhandlungen an sich haben so große Aufmerksamkeit erregt, sondern die Tatsache,

daß Herr Stinnes die Hilfe des französischen Generals gegen den Reichstagsbeschluss angerufen hat.

Die Tatsache ist nicht aus der Welt zu schaffen, daß den sozialdemokratischen Mitgliedern die Einzelheiten des Abkommens mit den Ruhrindustrialen erst nach dessen Veröffentlichung bekannt geworden ist. Es konnte nicht bestritten werden, daß der damalige Minister der belgischen Gebiete, Robert Schmidt, an der Kabinettsitzung vom 31. Oktober nicht beteiligt gewesen war. Es zeugt zum mindesten von einer unerhörten Illoyalität, wenn ein Minister, in dessen Ressort die betreffende Angelegenheit fällt, an den Vorbesprechungen nicht teilnimmt. Was würden Sie (nach rechts) dazu sagen, wenn in solchen Fällen Ihre Vertreter ausgesendet werden! Herr Stresemann hat die Sitzung vom 20. Oktober als die entscheidende hingestellt. Ich bin damit einverstanden, denn es steht fest, daß dort nichts von den Jageländnissen enthalten ist, die entscheidend sind. Man hat die sozialdemokratischen Minister nicht hinzugezogen, als es sich um die Bemittlung handelte, warum will man sie jetzt hinzuziehen, wo es sich um die Auszahlung handelt. Herr Stresemann hat sich darüber beschwert, daß die Entschädigungen als Geschenk bezeichnet worden sind. Unabhängig von mir hat aber der Abg. Dietrich nachgewiesen,

daß den Ruhrindustrialen ein Geschenk von mindestens 140 Millionen gemacht worden ist.

Ueber die Höhe der Summe will ich jetzt nicht streiten. Es steht aber fest, daß die Zahlungen weit über die tatsächlichen Kosten hinausgehen. Sie berufen sich auf den Brief des Deutschen Bergarbeiterverbandes, wenn Sie ihn aber noch einmal zur Hand nehmen, so werden Sie finden, daß Sie gerade den wichtigsten Satz nicht verlesen haben, wo es heißt, daß der Verband nur zum Zweck der Steuerumrundung keine Zustimmung geben kann. Ist das parlamentarisch einwandfrei, wenn in dieser Weise ein Brief verlesen wird? (Wärm rechts.)

Der Reichskanzler hat uns eine Vereinfachung der öffentlichen Meinung vorgeworfen, indem wir den Eindruck erwecken wollten, als seien nur die wenigen Großen bestraft worden. Ich habe demgegenüber bereits eine Reihe von Tatsachen angeführt. Ich beziehe mich aber auf die Verfügungen, die von der Regierung erlassen worden sind. Im Feststellungsverfahren, das nur die kleineren Beschädigten betrifft, sind die Feststellungsverfahren am 12. Dezember angehängt worden, in Zweifelsfällen zugunsten des Reiches zu entscheiden. Am 18. Dezember erging eine neue Verfügung, die die großen Firmen betraf, deren Forderungen in Zweifelsfällen vor ein Sondergericht gebracht werden sollen, das man nicht für einwandfrei erklären kann. Deshalb hat der Bergarbeiterverband auf sein Schreiben vom 17. Oktober erst am 30. Januar eine nicht-lagende Antwort erhalten? Wenn Sie (nach rechts) damit einverstanden sind, so stellen Sie sich damit auf den Standpunkt, daß diese Dinge den Reichstag nichts angingen, magi und an wen die Gelder ausgezahlt worden sind. Das ist derselbe Standpunkt, den vor 20 Jahren ein konservativer Abgeordneter eingenommen hat, als er erklärte, das Parlament dürfe nicht über „unsern Geldbeutel“ entscheiden. Ein unerhörter Bormurz ist dann von dem Reichskanzler gegen uns geschleudert worden, daß wir nicht zufrieden seien, daß die Regierung die Finanzen in Ordnung gesetzt hat. Sie wissen doch ganz genau wie wir, was die Lohn- und Gehaltsempfänger dazu beigetragen haben und daß auf deren Schultern die ganze Schwere Ihrer Sanierungsarbeit gelastet hat. Es ist das große Verdienst der Sozialdemokratie, daß wir die Pflicht in uns gefühlt haben, daß die Arbeiterklasse das ihrige zur Sanierung der Reichsfinanzen beitragen müsse. Wie sind demgegenüber die Arbeiter behandelt worden! 80000 Eisenbahnarbeiter sind im Ruhrgebiet entlassen worden, von denen heute noch 30000 erwerbslos sind. Als einzige Entschädigung hat man ihnen eine 14tägige Lohnzahlung gegeben, dann waren sie auf Erwerbslosenerunterstützung angewiesen. Man hat ihnen die volle Entschädigung aber durch die Entlassung entstandenen Verluste versprochen, aber nichts ist von diesen Versprechungen gehalten worden. Diese ungleichmäßige Behandlung, dieses Wessens mit zweierlei Maß, daß die Grundlage dieser Rechtsregierung ist, muß uns mit fester Erbitterung erfüllen. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Abg. Schneller (Komm.): Die Sozialdemokratie hat mit der Schwerindustrie zusammengespield. Es hieß, die Entschädigungen müßten gezahlt werden, damit der Bürgerkrieg nicht ausbricht.

Abg. Robert Schmidt-Berlin (Soz.):

bemerkte persönlich: In der Kabinettsitzung vom 20. Oktober haben wir allerdings grundsätzlich eine Entschädigung für die Ruhrindustrie anerkannt, aber im Kabinet ist nie davon gesprochen worden, daß eine solche Summe an die Industrie ausbezahlt werden und daß ohne Zustimmung des Reichstages über diese Entschädigung entschieden werden solle. Meine Stellungnahme in der Kabinettsitzung vom 1. November ist wesentlich von dem unangenehmen Gefühl geleitet worden, daß bei der Chézebesprechung vom 31. Oktober mein Ministerium, das Wiederaufbauministerium, nicht beteiligt worden ist. Obwohl gerade dieses dabei interessiert war.

Ich frage den Außenminister, ob die Mitteilung, die mir geworden ist, richtig ist, daß Herr Stinnes an ihn oder einen seiner leitenden Beamten den Wunsch geäußert hat, daß der sozialdemokratische Minister Schmidt nicht angehört werden möge. (Hört, hört! bei den Soz.)

Das wäre ja erklärlich aus der persönlichen Stellung, die Herr Stinnes mir gegenüber einnahm. Ich habe mich im Kabinettsitzung nicht der Stimme enthalten. Die Vorlage, die am 1. November im Kabinet zur Verhandlung kam, ist vorher mir und meinen Kollegen nicht zur Kenntnis gebracht worden, ich wurde im Kabinet davon überrascht. (Hört, hört! bei den Soz.) Da konnte kein Mensch die Verantwortung für eine solche Zuweisung an die Ruhrindustrie übernehmen, ehe er die Vorlage geprüft hat, und ich habe deshalb im Kabinet gesagt, daß ich eine solche Entscheidung im Augenblick nicht fällen kann.

Außenminister Dr. Stresemann: An mich ist Herr Stinnes mit dem Wunsch, daß der Minister Schmidt an den Vorverhandlungen vor dem 1. November bei der Chézebesprechung nicht teilnehme, nicht herangetreten. Ich würde auch einen solchen Wunsch ganz entschieden zurückgewiesen haben. Ich habe Herrn Staatssekretär Kempner, der damals in der Reichskanzlei war, gefragt, ob ihm bekannt sei, daß an irgendein Mitglied der Reichskanzlei dieser Wunsch gerichtet wäre; er hat mir mitgeteilt, daß auch ihm ein solcher Wunsch nicht bekannt sei. (Hört, hört! rechts.)

Damit schließt die Aussprache. Der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses von 21 Mitgliedern wird angenommen. Die Nachschrift wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Das Haus vertagt sich dann auf Montag, den 2. März, nachmittags 3 Uhr: Reichsausschussministerium. Schluß nach 4 Uhr.

